

erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.
 Bestellungen nehmen alle Postämter und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.
 Für Leipzig nehmen Bestellungen an:
 die Expedition, Hohe Str. 4.
 A. Bebel, Petersstr. 18.
 F. Thiele, Emilienstr. 2.

Der Volksstaat

Abonnementpreis:
 für Preußen incl. Stempelsteuer 17 Sgr., für die übrigen deutschen Staaten 19 1/2 Sgr. per Quartal, per Monat 4 1/2 Sgr., für Leipzig und Umgebung per Quartal 13 Sgr.
 Interpolation für die übrigen Staaten:
 F. A. Sorge, Box 101
 Hoboken N. J. via New York

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

Sämtliche Redaktionen unserer in- und ausländischen Parteiblätter werden gebeten, je ein Exemplar derselben an unsere Hubertusbürger Gef. nenen — per Kreuzband oder durch Einzahlung der Postprovision — zu senden.

Wir eruchen zu Anfang des Quartals die Redaktionen, welche aus bisher ihre Blätter durch Einzahlung der Postprovision oder per Kreuzband en change zukommen ließen, das Tauschverhältnis gefälligst fortzuerhalten.

Red. d. „Volksstaat“.

Abonnementseinladung.

Mit dem 1. October hat ein neues Abonnement auf den „Volksstaat“ begonnen. Wir eruchen die verehrlichen Leser, das Abonnement auf das Blatt sofort erneuern zu wollen, damit keine Unterbrechung in der Zusendung eintritt.

Der Preis des Blattes ist wie bisher per Quartal 12 1/2 Sgr. — wozu in Preußen noch der Zuschlag für den Zeitungstempel kommt — bei wöchentlich zweimaligen Erscheinungen.

Kreuzbandsendungen für Deutschland und Oesterreich kosten für 1 Ex. per Quartal 25 Sgr., die Schweiz 1 Thlr., Frankreich, Belgien, England u. 1 Thlr 8 Sgr. Zahlung pränumerando.

Parteiengenossen!

Ein neues Quartal hat begonnen, gedenket des Parteiorgans. Wirke Jeder von Euch so viel er kann für dessen Verbreitung, die Verhältnisse sind uns günstig. Ueberall erweckt das Proletariat zum Klassenbewusstsein, überall erheben sich die geknechteten Massen zum Kampfe gegen ihre Unterdrücker. Vorwärts denn und sorgt, daß unser Parteiorgan unter die Arbeiter kommt! Arbeitet, agitirt, organisiert unablässig; wo ein Arbeiter in unsere Reihen eintritt, sei seine erste Pflicht: ein Abonnement auf das Organ.

Die Wuth und Verfolgungssucht unserer Gegner wird immer größer. Kaum ist noch ein öffentlich wirkender Parteiengenosse da, der nicht schwere Geld- oder Gefängnisstrafen erlitten, oder dem sie nicht bevorstünden, zu geschweigen Derer, die eben hinter Kerkermauern die Rache unserer Gegner büßen. Auf all' diese Unbill giebt es nur Eine Antwort: Arbeiten, mit allen zu Gebote stehenden Kräften, arbeiten für die Ausbreitung der Partei, die Verbreitung des Parteiorgans.

Parteiengenossen! zeigt, daß im Kampfe uns der Wuth wächst und — thut alle Eure Pflicht.

Eine Rede von Karl Marx.

(Die Rede wurde nach Schluß des Haager Kongresses auf einer Volksversammlung in Amsterdam gehalten; der Bericht, den wir der „Liberale“ im Auszug eintommen haben, ist augenscheinlich sehr ungenau und lüdenhaft, was wir ausdrücklich hervorheben zu müssen glauben.)

Im achtzehnten Jahrhunderte hatten die Könige und die Potentaten die Gewohnheit, im Haag zusammenzukommen, um über die Interessen ihrer Dynastien zu verhandeln.

Grade an diesem Orte haben wir unsern Arbeitertag abhalten wollen, trotz der Besorgnisse, die man in uns wach zu rufen suchte. Inmitten der reaktionärsten Bevölkerung haben wir erscheinen wollen, um die Existenz, die Ausbreitung und die Hoffnung auf die Zukunft unsrer großen Assoziation zu bekämpfen.

Als man unsern Entschluß erfuhr, hat man von den Sendlingen gesprochen, die wir ausgeschickt, um das Terrain vorzubereiten. Ja, wir leugnen es nicht, daß wir solche Emissäre haben; aber sie sind uns meistens unbekannt. Unfre Sendlinge nach dem Haag sind jene Arbeiter gewesen, deren Arbeit so mühsam ist, wie die unsrer Emissäre in Amsterdam; dort und hier Arbeiter, die sechszehn Stunden täglich arbeiten. Das sind unsre Emissäre, wir haben keine andern; und in allen Ländern, wo wir uns einstellen, finden wir sie bereit, uns mit vollem Herzen zu empfangen, denn sie begreifen gar bald, daß wir die Verbesserung ihres Schicksals erstreben.

Der Kongreß im Haag hat drei wichtige Erfolge gehabt: Er hat die Nothwendigkeit für den Arbeiterstand proklamiert, die alte Gesellschaft, welche zusammenbricht, auf dem politischen wie auf dem sozialen Boden zu bekämpfen; und wir wünschen uns Glück dazu, von nun an in unsre Statuten diesen Beschluß der Londoner Konferenz aufgenommen zu sehen. Eine Gruppe war in unsrer Mitte entstanden, welche die Enthaltung der Arbeiter von der politischen Arbeit anpries.

Wir haben es für unsre Pflicht gehalten, zu erklären, wie gefährlich und verhängnisvoll für unsre Sache uns solche Grundfälle erschienen.

Der Arbeiter muß eines Tages die politische Gewalt in der Hand haben, um die neue Organisation der Arbeit zu begründen; er muß die alte Politik umstürzen, welche die alten Institutionen aufrecht erhält, wenn er nicht, wie die alten Christen, die solches vernachlässigt und verachtet hatten, auf das „Reich von dieser Welt“ verzichten will.

Aber wir haben nicht behauptet, daß die Wege, um zu diesem Ziele zu gelangen, überall dieselben seien.

Wir wissen, daß man die Institutionen, die Sitten und das Heikommen der verschiedenen Gegenden berücksichtigen muß und wir leugnen nicht, daß es Länder giebt, wie Amerika,

England, und, wenn ich Eure Einrichtungen besser kenne, würde ich vielleicht hinzufügen, Holland, wo die Arbeiter auf friedlichem Wege zu ihrem Ziele gelangen können. Doch nicht in allen Ländern ist dies der Fall.

Der Haager Kongreß hat dem Generalrath neue und gewichtigere Befugnisse zugestanden. In dem Augenblicke, wo sich die Regenten in Berlin versammeln, wo von dieser Zusammenkunft der mächtigen Vertreter des Feudalismus und der Vergangenheit neue und entschiednere Unterdrückungsmaßregeln gegen uns ausgehen sollen, gerade in dem Augenblicke, wo die Verfolgung organisiert wird, hat der Haager Kongreß es für angemessen gehalten und für notwendig, die Machtbefugnisse des Generalraths zu vermehren und für den Kampf, der beginnen soll, seiner Thätigkeit einen festen Mittelpunkt zu schaffen, die ohne dies ohnmächtig wäre. Und wem anders könnte übrigens die Machtbefugnisse des Generalraths Unruhe erregen, als unsern Feinden? Hat er denn eine Bureaucratie, eine bewaffnete Polizei, um sich Gehorsam zu erzwingen? Ist nicht seine Autorität lediglich eine moralische, und unterwirft er nicht seine Beschlüsse dem Urtheil der Assoziationen, die mit der Ausführung derselben betraut sind? Unter solchen Bedingungen, ohne Heer, ohne Polizei, ohne dienstwillige Gerichte, würden die Könige an dem Tage, wo sie ihre Macht von moralischem Einfluß und Ansehen abhängig haben, schwache Hindernisse für den Sturmschritt der Revolution sein.

Schließlich hat der Haager Kongreß den Sitz des Generalraths nach Newyork verlegt. Selbst viele unter unsern Freunden scheinen sich über einen solchen Beschluß gewundert zu haben. Vergessen sie denn, daß Amerika vorzugsweise zum Arbeiter-Erbsitz wird, daß alljährlich eine halbe Million Menschen, Arbeiter, nach diesem andern Festlande auswandern, und daß die Internationale kräftige Wurzeln auf diesem Boden, wo der Arbeiter die Mehrheit bildet, schlagen muß? Uebrigens giebt ja auch der Kongreß-Beschluß dem Generalrath das Recht, sich die Mitglieder beizugesellen, deren Mitwirkung er für das Wohl der gemeinsamen Sache für notwendig und für nützlich hält. Erwarten wir von seiner Einsicht, daß er Leute wählt, die der Aufgabe gewachsen sind und die das Banner unsrer Assoziation in Europa mit fester Hand zu halten verstehen.

Bürger, denkt an jenes Grundprinzip der Internationale: die Solidarität! Nur wenn wir dieses lebenszeugende Prinzip auf sichere Grundlagen unter sämtlichen Arbeitern aller Länder stellen, werden wir das große Endziel erreichen, das wir uns gesetzt haben. Die Umwälzung muß solidarisch sein, das lehrt uns die Pariser Kommune, die nur deswegen gefallen ist, weil es eben an dieser Solidarität bei den Arbeitern der übrigen Länder gefehlt hat.

Ich meinstheils werde der mir gestellten Aufgabe treu bleiben und werde beständig daran arbeiten, unter allen Arbeitern jene für die Zukunft fruchtbare Solidarität zu begründen. Nein, ich ziehe mich nicht von der Internationale zurück, und der ganze Rest meines Lebens wird, wie alle meine Bemühungen der Vergangenheit, dem Triumph der sozialen Ideen geweiht sein, die einst — seid davon überzeugt! — die Welt Herrschaft des Proletariats herbeiführen werden.

Gegen die Provinzialkorrespondenz.

II.

Die „Provinzialkorrespondenz“ betitelt ihren Artikel: „Die Fürsorge für das Wohl der arbeitenden Klassen.“ Wir werden sehen, wie der Inhalt dieser menschenfreundlichen Eitette entspricht. Der Artikel beginnt mit den Worten: „Seit einiger Zeit hat die öffentliche Aufmerksamkeit sich inmer (!) ernster und theilnehmender den bedenklichen Erscheinungen zugewandt, welche in den wirtschaftlichen Verhältnissen und Bestrebungen der arbeitenden Klassen zu Tage treten.“ Abgesehen von dem fehlerhaften Stil, der keinem Quartaner ungerührt hingehen würde, debütirt das amtliche Organ gleich in der zweiten Zeile mit einer groben Unwahrheit. Allerdings hat die „öffentliche Aufmerksamkeit“ sich neuerdings ziemlich lebhaft der Arbeiterfrage zugewandt, allein es ist dies weder mit dem nöthigen Ernst, noch viel weniger in „theilnehmender“ Weise geschehen; ganz im Gegentheil: die deutsche Presse aller Schattirungen (und in der Presse äußert sich doch wesentlich die „öffentliche Aufmerksamkeit“), insbesondere der von dem Berliner Pressbureau abhängige, also mit der „Provinzialkorrespondenz“ an einem Strang ziehende Theil, hat eine wahrhaft standalöse Frivolität an den Tag gelegt, systematisch verwirrt anstatt zu klären, an die Leidenschaften appellirt statt an den Verstand, und der Arbeiterbewegung gegenüber eine so unglücklich rohe Sprache geführt, daß sie dem künftigen Geschichtsschreiber zum Nachweis der traurigen Kulturwirkungen der Blut- und Eisenpolitik genügen wird. Also das „ernst“ und „theilnehmend“ ist gelogen. Doch „einmal ist einmal“ — „das erste Mal gilt nicht“ — kann die „Provinzialkorrespondenz“ für sich plädiren. Drum weiter! „Als ein Zeichen unbefähiglicher Zustände und Stimmungen muß schon die Thatsache gelten, daß die Arbeiter in der Regel mit blindem Vertrauen auch den unverständigsten Rathschlägen solcher Wortführer Folge leisten, durch die ihnen eine Verbesserung ihrer Lage in Aussicht gestellt wird, und massenhaft in Vereine eintreten, die groben wirtschaftlichen Irrthümern huldigen und falschen Ide-

len nachjagen.“ Diese kräftige Tirade leidet an dem Grundfehler zu großer Allgemeinheit; wir sehen nicht, an welche Adresse sie gerichtet ist. Weder sind die „unverständigsten Rathschläge“ ertheilenden „Wortführer“ genannt, noch die „Vereine“, die „groben wirtschaftlichen Irrthümer“ huldigen und falschen Idealen nachjagen“, näher bezeichnet, noch endlich die betreffenden „Irrthümer“ und „falschen Ideale“ analysirt und bloßgelegt. Oder sollte Herr Wagener von Dummerwih etwa in einem Anfall von Selbsterkenntniß und heroischer Ehrlichkeit den Herrn — Wagener von Dummerwih gemeint haben, der freilich nach der Meinung sehr vieler auf sozialem Gebiet keineswegs sparsam gewesen ist mit den „unverständigsten Rathschlägen“, der seiner Zeit auch stark darin war, den Arbeitern eine Verbesserung ihrer Lage in Aussicht zu stellen“ (die schlesische Weberdeputation z. B. kann davon erzählen) und es auch nicht an Mühe hat fehlen lassen, die Arbeiter „massenhaft in Vereine“ zu treiben, „welche den groben wirtschaftlichen Irrthümern (des Schusters Banse) huldigen und falschen Idealen“ nachjagen.“ Nun, wir wollen Herrn Wagener die Rechtswohlthat des Zwifels erlauben und annehmen, er habe nicht in's Blaue hinein geschimpft und benanzirt, sondern an seiner eignen Person und seinen eignen Meinungen eine scharfe, aber um so verdienstvollere Kritik geübt. „Noch deutlicher“ (als in den „falschen Idealen“ u. des Hrn. Wagener) fährt Herr Wagener fort, „offenbart sich das Vorhandensein sozialer Mißstände in dem Umfange der allgemeinen Arbeitseinstellungen (Strikes), welche gegenwärtig zur Tagesordnung der Arbeiterbewegung gehören, und dem gesammten gewerblichen Verkehr der Nation, wie den zunächst beteiligten Arbeitgebern und Arbeitnehmern schweren Nachtheil bereiten.“ Die Eine Lüge vorhin zählten wir nicht Herr Wagener. Hier kommen wir aber auf Lüge Nr. 2, die den Casus schon bedenklicher macht. Und obendrein eine recht fästige, verläumderische Lüge, vortrefflich dazu geeignet, eine ganze Pyramide von Lügen auf ihrem breiten Rücken zu tragen, eine Hecke Lüge zur Zucht brauchbarer Tendenzlügen und Lug- und Trugschlüsse. Daß die Arbeitseinstellungen jetzt im Schwang sind, wer wollte, wer könnte es leugnen? Aber zu sagen, daß „die Arbeitseinstellungen zur Tagesordnung der Arbeiterbewegung gehören“, heißt die Unwahrheit sagen, heißt, da sämtliche Fraktionen der Arbeiterpartei in formellster und offenlichster Weise die Strike-ma cherei verurtheilt haben, wider besseres Wissen die Unwahrheit sagen, ist folglich eine Lüge, und nicht bloß eine einfache Lüge, sondern obendrein, da sie die Strikes als ein künstlich erzeugtes gemeinschädliches und demnach die Straf- und Repressivgewalt des Staats herausforderndes Uebel hinstellt, eine perfide Denunziation! Kaum ein Duzend Zeilen und schon zwei Lügen und eine Denunziation! Ein vielversprechender Anfang.

„Dem gewissenhaften Beobachter (wozu sich natürlich der Provinzialkorrespondenz; Biedermann rechnet) kann es nicht entgehen, daß zu diesen Erscheinungen zwei Ursachen zusammen wirken, von denen bald die eine bald die andere vorwiegend zur Geltung kommt: einmal die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse, vermöge deren der Erwerb zahlreicher Arbeiter zur Beschaffung der im Preise wesentlich gesteigerten Lebensbedürfnisse nicht ausreicht, und andererseits der Einfluß schlechter Rathgeber, welche den Glauben zu verbreiten suchen, daß die Arbeiter durch den sogenannten Kampf gegen das Kapital oder gar gegen das Eigentum (!) ihre Ansprüche auf Lebensgenuss zu verwirklichen vermögen.“ Hei! „Die Todten reiten schnell!“ Die philanthropischen Flosteln sind in alle Winde zerstreut und es umhört uns schon ächte Polizeilust. Unser „gewissenhafter Beobachter“ hat Eile: seine Vorklung ist: in medias res! Mitten in die Sache, das heißt auf deutsch: Mitten in den Stieber! Der „Gewissenhafte“ ist so „gewissenhaft“, zuzugeben, daß die Arbeitseinstellungen nicht bloß von „schlechten Rathgebern“ herrühren; er sieht einen zweiten Grund darin, daß der „Erwerb zahlreicher Arbeiter — zur Beschaffung der im Preise gesteigerten Lebensbedürfnisse nicht ausreicht“. Aber, Sie „Gewissenhafter“, ist dieser Eine Grund denn nicht ein genügender Grund? Der „Erwerb zahlreicher Arbeiter reicht nicht aus zur Beschaffung der Lebensbedürfnisse“ ist doch nur eine andere Ausdrucksform für die Thatsache: die Löhne zahlreicher Arbeiter reichen für des Lebens Nothdurft nicht aus. Und es liegt doch in der Natur der Dinge, daß der Arbeiter, dessen Lohn nicht ausreicht, ihn durch jedes Mittel, und insbesondere durch das sich ihm zunächst darbietende der Arbeitseinstellungen in die Höhe zu treiben sucht. Der Selbsterhaltungstrieb der mächtigste im Menschen, zwingt die Arbeiter dazu. Unser „Gewissenhafter“ weiß das sehr gut, sonst hätte er diesen Grund überhaupt gar nicht erwähnt. Er wird aber auch wissen, oder sollte wenigstens wissen, daß, wo ein genügender natürlicher Grund vorhanden ist, nur ein Pfluscher oder ein Polizeihirn noch nach einem künstlichen verborgenen Grund sucht. Neben dem Hunger, der nach des „Gewissenhaften“ Zugeständnisse zu Arbeitseinstellungen rath, bedarf es sicherlich keiner anderen Rathgeber.

Mit ziemlich demselben Recht kann der „Gewissenhafte“ ein Erdbeben oder den Ausbruch eines Vulkans neben den unterirdischen Elementarkräften noch „dem Einfluß schlechter Rathgeber“ zuschreiben, die auf Himmel oder Hölle gewir-

haben. Im Mittelalter nannte man dieselbe „schlechte Rathgeber“ beiderlei Geschlechts: Hrenmeister, Zauberer, Hexen etc. und die damaligen Wagener und Stieber erlangen sich die Unsterblichkeit durch Hexenprozesse. Den Wagener und Stieber von heute blüht heftig die gleiche Unsterblichkeit.

Was endlich die Phrase vom „sogenannten Kampf gegen das Kapital“ angeht, so klingt sie einigermaßen komisch im Mund eines Wagener, der ein ganzes Jahrzehnt hiezig im Weinberg der Sozialdemagogie gearbeitet hat auf Rechnung seines Herrn und Meisters Bismarck, jenes Bismarck, der einst den verhassten Fortschrittsphilistern das pech- und schwefelbustende Wort zurief:

Flectere si nequeo superos Acheronta movebo!

Hilft der Himmel mir nicht, so ruf ich die Mächte der Hölle.

Ein Wink mit dem Zaupfahl oder richtiger mit Lölke's Knüttel, der seinen Zweck erfüllt. Und das redet von „sogenanntem Kampf gegen das Kapital!“ Ei, ei, „die liebe Unschuld thut nur so,“ — wie wir später des Näheren an gar erbaulichen Exempeln sehen werden.

Politische Uebersicht.

Ein tüchtiges Stückchen „sozialer Frage“ finden wir in einer der letzten Nummern der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ bloßgelegt, und zwar auf Grund eines Berichtes in der „Provinzialkorrespondenz“. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

Die im vergangenen Jahre, im Abgeordnetenhaus geführten Debatten betreffen Entlastung aller der untersten Stufe der Klassensteuer Eingeschätzten haben zu statistischen Ermittlungen Anlaß gegeben, als deren Resultat pro 1871 sich folgendes herausstellte: In der Stufe Ia wurden 3,639,123 Personen veranlagt, die zusammen 2,339,574 Thlr. Steuern bezahlten, wovon die Summe von 80,063 Thlr. als unbedeutend niedergeschlagen wurde. In den drei Hauptklassen ausschließlich der Stufe Ia wurden 2,704,106 Personen veranlagt, welche 10,568,862 Thlr. Steuern bezahlten. Die Summe von 22,123 Thlr. wurde als unbedeutend niedergeschlagen. In Stufe Ia wurden 2,097,880, im Uebrigen 1,758,938 Mannungen, sowie 875,760, resp. 568,711 Erectionen verfügt und 501,952, resp. 233,918 Erectionen wirklich vollbracht. Von letzteren blieben fruchtlos in Stufe Ia 361,901, im Uebrigen 56,425 Erectionen. An Erectionen wurden in Stufe Ia 20,145, im Uebrigen 23,962 verfügt, und wie durch Belästigung, freigeig entstandenen Kosten beliefen sich in Stufe Ia auf 92,223 Thlr., im Uebrigen auf 96,486 Thlr.

Die die Nachweisung ergibt, haben für 1871 in Unterstufe Ia 3,639,123 Personen einen Steuerbetrag von 2,339,574 Thlr., dagegen in sämtlichen übrigen Stufen 2,704,106 Personen einen Steuerbetrag von 10,568,862 Thlr. aufgebracht.

Wie aus anderweitigen Ermittlungen zu schließen, entsteht die unverhältnismäßige Entlastung in der Unterstufe Ia sowohl als in der Unterstufe Ib hauptsächlich durch die Steuer der Lohnarbeiter. Nach den für 1872 eingetroffenen Nachrichten sind unter den in der Unterstufe Ia veranlagten 3,462,917 Personen enthalten:

Gewöhnliche Tagelöhner	1,390,464	=	40,1 pCt.
Gewöhnlich gelohnte Gefinde	1,195,193	=	34,5 „
Grundbesitzer	202,591	=	5,8 „
Gewerbetreibende	243,902	=	7,0 „
Anderer Personen	300,673	=	8,7 „
Unselbstständige Personen	127,094	=	3,6 „
zusammen wie oben 3,462,917 = 100 pCt.			
Ferner unter den in Unterstufe Ib veranlagten 444,438 Personen:			
Handwerksgesellen und Lohnarbeiter	226,094	=	51 pCt.
Höher gelohnte Gefinde	93,161	=	20,8 „
Grundbesitzer	33,544	=	7,5 „
Gewerbetreibende	31,945	=	7,2 „
Anderer Personen	59,694	=	13,3 „
zusammen wie oben 444,438 = 100 pCt.			

Die Bevölkerung in beiden Stufen besteht also zu etwa drei Vierteln aus Lohnarbeitern und Gefinde. Letzteres ist an den für die beiden Stufen entstandenen gesamten Ertrag im Vergleich zu den Kosten, wie anderweit festgestellt worden ist, in Unterstufe Ia nur zu 12, pCt. und in Unterstufe Ib nur zu 12, pCt. beteiligt, was sich hauptsächlich daraus erklärt, daß die Lohnarbeiter des Gefindes häufig von der Dienstpflicht entlastet wird. Um so mehr tritt die Entlastung der Lohnarbeiter von den übrigen zu diesen beiden Stufen gehörenden Personen gegenüber derjenigen von Klassensteuereingehängenen der anderen Stufen und Klassen hervor.

Die „Provinzial-Korrespondenz“ begleitet die obige Darstellung mit der Bemerkung, daß die Denkmäler, welche die bezüglichen Angaben (genommen) sind, in den maßgebenden Kreisen voraussichtlich eine Beachtung finden werde.

So weit der Artikel der „Nordd. Allgem. Ztg.“ „Grunde Bedingung“ werden die bezüglichen Angaben in den maßgebenden Kreisen wohl sinken, jedoch in sofern, als man diese Ziffern benutzen wird, um die „auf der untersten Stufe der Klassensteuer Eingeschätzten“, das heißt: die Masse des arbeitenden Volks unter dem Vorwand, die „Entlastung“, wie dies bereits ja offiziell in Aussicht gestellt wird, des Wahlrechts zu berathen. Nun, Letzteres kann uns ziemlich gleichgültig sein, denn das Wahlrecht des Proletariats unter dem Dreiklassenwahlrecht ist ja doch nur ein Scheinrecht, und kein Recht ist besser als ein Scheinrecht. Aber welcher Abgrund des Elends wird durch die obigen Ziffern aufgedeckt! Die volle Bedeutung derselben hervorzuheben, würde uns hier zu weit führen. Die eine Ziffer: 361,901, in Buchstaben: dreihundert ein und sechzig tausend neunhundert und eine fruchtlose Erectionen in einem einzigen Jahr spricht bedeutend, als die verdrehtesten Worte verstanden, für den entsetzlichen Nothstand unter den Eingeschätzten der untersten Klassensteuereinstufe d. h. unter der Mehrzahl der Bevölkerung, sie ist zugleich die beste Kritik des Gefasels von der Milliardendankbarkeit; die schärfste Anlage gegen die im Gold sich wälzende Bourgeoisie; die glänzendste Rechtfertigung der Sozialdemokratie.

Das Mutterherz Germania's. Die humane Methode, welche deutschseits im Kriege angewendet wurde, harmlose französische Bürger als Geiseln auf der Lokomotive mitzuführen, ist nun auch auf die „Friedenszeit“ übertragen worden. Der „Schweizer Grenzpost“ wird aus Straßburg geschrieben:

In Folge der massenhaften Auswanderung unserer jungen Militärpflichtigen haben die Behörden die frühere Präventivmaßregel ergriffen. So ist seit voriger Woche das Auswanderungsbüreau an der Eisenbahn provisorisch geschlossen und eine strenge Aufsicht an der Abfahrlin verordnet worden, in Folge dessen viele junge Leute, deren Papiere nicht vollständig in Ordnung waren, zurückgewiesen wurden. Die Kreisdirectoren haben überall den Befehl der Militärdirectionen angeschlossen, wodurch alle Familienväter angewiesen werden, den jungen Aufzählern über abwesenden Militärpflichtigen in kurzer Frist anzureisen; dieselben werden unter Androhung von Geld- und sogar Zuchthausstrafe verpflichtet, das Ausreisen ihrer Jungens zu verhindern und dieselben ohne Verzug in die in den Matriken von Elsass-Lothringen aufgeführten Rekrutierungsstamm-

rollen für die im Laufe des nächsten Monats angeordnete Loosziehung einzuschreiben zu lassen.

Barbarischer könnte die Regierung des Knutenreichs kaum verfahren. In Berlin sollte man doch seit dem 18. März 1848 wissen, daß eine Familie nicht allemal „das Ausreisen ihrer Jungens“ verhindern kann! —

Während so die jüngere Generation die Reichsherrlichkeit satt hat — auch der Posener Staatsanwalt sucht nach 20 und das Bolksteiner Kreisgericht nach 50 flüchtigen Militärpflichtigen — kehren die Alten aus der ehemaligen „Opposition“ reuenvoll in den Schoß des Landesherrenthums zurück. „Herr Klassen-Kappellmann in Köln“ — berichten die Blätter — „das Haupt der oppositionellen Bewegung am Rhein in der Konfliktperiode und der Veranstalter jenes bekannten fortschrittlichen Bankettes auf einem Rheindampfer, welches schließlich in Oberlahnstein durch nassauisches Militär gesprengt wurde, hat den Kronenorden 3. Klasse erhalten.“

Später behaupten sogar, daß Bismarck dieses Ereigniß im Auge gehabt habe, als er zur Ehrenbürgerdeputation sagte: „Nach all dem Großen, was wir jetzt erlebt haben, hätte ich nichts dagegen, wenn die Weltgeschichte eine Weile stehen zu bleiben schiene.“

Oder sollte er etwa unter „all dem Großen“ die Kaiserzusammenkunft gemeint haben? Wäre auch nicht übel! Hat außer einer Million Thaler ein paar Duzend Menschenleben gekostet und der „Demokratischen Ztg.“ — die diese Rechnung für enorm fand, zwei Majestätsbeleidigungsprozesse eingebracht. Eine Million Thaler! d. h. $\frac{1}{2}$ weniger, als der preussische Staat innerhalb 20 Jahren (1850—1870) sämtlichen Arbeitern seiner Bergwerke, Hütten und Salinen zum Häuserbau leihweise vorgeschossen hat. Ueber diese lumpigen 675,300 Thaler, die die Regierung darauf verwendet hat, um — ihre Lohnslaven an die Scholle zu fesseln, bringt der „Deutsche Reichsanzeiger“ einen aus Regierungsfeder geflossenen spaltenlangen Selbstlobartikel, der sogar — wie wir leider sehen müssen — von einem Arbeiterblatt, das ihn ohne alle Kritik abdruckt — für bare Münze genommen wird. —

Anfrage an die Staatsanwälte des „Reichs der Gottesfurcht und frommen Sitte“, insbesondere die sächsischen: ist es eine Majestätsbeleidigung, daß das weiland von Friedrich dem „Großen“ in Hubertusburg geholte Glockenspiel, das jetzt in Potsdam aufgestellt ist, dort hartnäckig die Melodie himmt: „Ueb' immer Treu und Redlichkeit“?

Bayer ist noch immer in Ministernöthen; die bairisch-patriotischen und die preussisch-nationalen Hebammen sind beide in Verzweiflung. König Ludwig schwankt in romantischer Rathlosigkeit zwischen der Hörnern des Dilemmas: Bairisch sterben oder Preussisch verderben. Die Wahl ist allerdings fast so schwierig, wie die der Hühner, die von der Köchin gefragt wurden: „Wollt Ihr gekocht sein oder gebraten?“ Die parlamentarischen Hühner antworteten: „Weder das Eine noch das Andere;“ allein die Köchin, mit dem gewetzten Messer in der Hand, brachte sie schnell zur Raision: „Ihr weicht von der Tagesordnung ab! Gekocht oder gebraten — das allein ist die Frage.“ — Auch für König Ludwig. —

Die „Republique Française“ bringt einen neuen und schreienden Fall der schamlosen, über Recht und Gesetz sich hinaussetzenden Inhumanität, mit welcher die Pariser Regierung die politisch Verurtheilten behandelt, zur Kenntniß. Sie schreibt: „Vor etwa sechs Monaten verurtheilten die Kriegsgerichte Herrn Gustav Mottier, einen Uhrmacher seines Gewerbes, zu fünfjähriger Verbannung. Nun denn, man wird es nicht glauben, Herr Mottier hat noch immer nicht die französischen Gefängnisse verlassen und auf alle Vorstellungen, auf alle zu seinen Gunsten gehaltenen Schritte erwidert die Regierung unwandelbar, die fremden Staaten weigerten sich, die Personen aufzunehmen, welche wegen Theilnahme am Commune-Aufstande zur Verbannung verurtheilt sind. Was Herrn Mottier betrifft, so ist die Antwort eine seltsame; denn dieser Bürger hat in einem bedeutendem Hause des Nachbarstaates schon eine Stelle als Uhrmachergehilfe, die nur auf ihn wartet. Er hat sein gesichertes Auskommen und der Substant, der ihn zu sich nimmt, sieht gewissermaßen für dasselbe ein. Wenn es also wahr ist, daß die fremden Regierungen den Abschub solcher Individuen auf ihr Gebiet nicht dulden und in diesem Sinne bei der französischen Regierung Vorstellungen gemacht haben, so ist es doch etwas Anderes um Personen, welche sei es aus eigenem Vermögen, sei es durch Arbeit, ein nachweisliches und ausreichendes Einkommen haben. Wir glauben zu wissen, daß es in diesem Augenblicke an 20 zur Verbannung Verurtheilten in den französischen Gefängnissen giebt, welche sich in diesem Falle befinden und gleichwohl nicht ihre Freilassung bewirken können. Was die internationale Frage betrifft, so fällt, um es vorweg zu bemerken, das erste Unrecht der französischen Verwaltung zur Last. Vor bald einem Jahre warf sie eine gewisse Anzahl von Verurtheilten in einem Zustande schrecklicher Entblößung auf die englische Küste. Dieselben waren plötzlich und ohne jede Vorbereitung eingeschifft worden; sie hatten ihre Verwandten und Freunde nicht benachrichtigen und sich mühen nichts verschaffen können; ohne einen Centime in der Tasche, ohne Wäsche, beinahe ohne Kleider und Schuhe kamen sie in England an. Die englische Presse geriet in Entrüstung; es kam zu Interpellationen im Parlament und in Folge dessen zu einem Austausch diplomatischer Noten erst mit England, dann auch mit Belgien und der Schweiz. Worüber beklagen sich die fremden Mächte? Etwa über die materielle Thatsache? Protestiren sie gegen die Ankunft einer kleinen Anzahl von Verurtheilten, die von den Kriegsgerichten mit einer verhältnismäßig leichten Strafe belegt worden sind und denen die Gnadenkommission diese Strafe in Verbannung umgewandelt hat? Keineswegs. Die Mächte protestiren gegen das Recht, welches die französische Regierung sich anmaßt, ihren Verbannten von Amtswegen zu expediren und sich gewisser Personen, die ihnen lästig sind, wir wiederholen es, von Amtswegen zum Schaden des Nachbar zu entledigen. Mit anderen Worten, wenn ein Verbannter mit einem ordentlichen Paß an der Grenze anlände, so würde er, auch wenn man seinen Fall kennen würde, ohne Anstand aufgenommen werden; aber hier stößt man auf die abscheulichen Gewohnheiten unserer Verwaltung. Sie will die Verurtheilten mit ihrem Stempel markiren; sie will ihnen eine besondere Art von Paß, den Paß des Verbannten ausstellen, und hiergegen widersetzen sich unsere Nachbarn, weil sie damit das Recht der französischen Regierung anerkennen würden.“

Dresden. Am 21. Septbr. ist die Nr. 213 des „Dresdner Volksboten“ wegen des Artikels: „Mit wie viel Geist die Welt regiert wird“ confiscirt worden; es soll darin „Beleidigung des Kaisers“ enthalten sein. Wir bezweifeln, ob jemals in den einzelnen deutschen Staaten zusammen die Hälfte so viel Einzelschriften-Beleidigungsprozesse angestrengt worden sind, als jetzt Kaiserbeleidigungsprozesse.

Dresden. Krieling, der frühere Expedient des „Dresdner Volksboten“ ist wegen Verlaufs der „10 Gebote im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte“ zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. Am 30. Septbr. ist Krieling nach Hubertusburg abgeführt.

Berlin. Bei dem hiesigen Vertrauensmann der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, H. Heinisch, ist am Donnerstag in dessen Abwesenheit eine Hausdurchsuchung vorgenommen worden. Die Polizei suchte nach hochverrätherischen Papieren. Ihre Mühe war wieder einmal umsonst, denn sie fand nichts, was auch ganz erklärlich ist, da stets nur der geschwäbige Weg innegehalten wird. (Dem. Ztg.)

J. Most erläßt in der „Chemnitzer Freien Presse“ nachstehende

Erklärung.

Aus der Dienstagsnummer des „Chemnitzer Tagesblattes“ ersehe ich, daß es das Chemnitzer Bezirksgericht für gut fand, mich flehentlich zu verurtheilen, was mich veranlaßt, folgende Erklärung abzugeben:

1) habe ich bereits vor mehreren Tagen dem Chemnitzer Gerichtsamte angezeigt, daß ich am 30. ds. Mts. meine Strafe antreten werde,

2) sind die inkriminirten Artikel, wegen welcher ich nach x Paragraphen angeklagt bin, so harmlos, daß es nicht nur feig, sondern auch im höchsten Grade ungerechtfertigt von mir wäre, wenn ich mich dieserhalb flüchten wollte und

3) war ich nur deshalb von Chemnitz etwas länger fern geblieben als ich anfangs mir vorgenommen hatte, weil ich mich verpflichtet fühlte, vor meiner Gefangenschaft noch an solchen Orten eine Agitation zu entwickeln, wo es besonders nöthig war.

Dies solchen Arbeitern, Freunden und Parteigenossen zur Notiz, die mir allenfalls zutrauen, daß ich wirklich Fluchtgedanken hege. Bei dieser Gelegenheit kann ich auch nicht unterlassen, die Chemnitzer Arbeiter aufzufordern, sie möchten die Massenabonnements, welche in neuester Zeit gegen uns inszenirt werden, mit Massenabonnements auf unser Blatt beantworten, damit der Reaction gezeigt wird, daß sie nur Schläge ins Wasser macht.

Am 30. ds. werde ich also, wie gesagt, meine Haft antreten und zwar freiwillig, es müßte den sein, daß man mich während der Reise verhaftet.

Mit sozialdemokratischem Gruße

Coburg, 26. Septbr. 1872. J. Most.

Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.

Wien, 27. September. In einer dahier abgehaltenen Versammlung der Schuhmacher wurde beschlossen, womöglich den Congreß zu beisehen, aber nicht Berlin als Congreßort, sondern nach Belieben der Ränderger, Wilmor oder Gorja zu bestimmen. Die Wahlen des Vorgesetzten unserer Berliner Berufsgenossen für zu einseitig. Wünschenswerth würde es jedoch sein, wenn die Berliner Kollegen sich der Internationalen Gewerkschaft anschließen würden, um so den Congreß in einer der genannten Städte gemeinschaftlich abhalten zu können.

Was haben die Berliner Kollegen beschlossen betreffs der Ränderberger Anfrage in Bezug auf die Geldsendungen? Auch uns ist die Anforderung, Gelder einzusenden noch vor dem Congreß, ganz absonderlich vorgekommen.

J. A. Louis Koch, Bevollmächtigter, R. Simon, Beiragsammler, H. Bender, Schriftführer, Adlerweg 130.

Berlin, 25. September. An die Schuhmacher Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz. Collegen! Ich habe zu berichten, daß der Schuhmacher-Gesellen-Congreß in Berlin Ende November d. J. stattfinden wird, und zwar jedenfalls im Saale des Handwerker-Vereins, Sorbittenstraße 15. Es haben nur wenige Kollegen aus den Städten Süddeutschlands sich gegen Berlin als Congreß-Ort ausgesprochen, was von der General-Versammlung der Schuhmacher Berlins, wo von den Comitee-Mitgliedern in Erwägung gezogen worden ist. Würde man einen andern Ort zum Congreß bestimmen, so würde die Agitation noch mehr erschweren, und auch den nördlichen wie östlichen Provingen in Rechnung zu tragen. Nur ist zu wünschen, daß allerorts Versammlungen der Schuhmacher eintreten werden, die sich mit der Congreßfrage beschäftigen.

Wir müssen der Agitation der Meister einen Damm entgegen setzen, und ich glaube, wir werden als Männer zu handeln verstehen — Agitare Jeder so viel er kann; der Congreß muß möglichst hart besucht werden.

Für die Delegirten des Congresses werden die Berliner Kollegen möglichst für freie Wohnung Sorge tragen. Mit Brudergruß im Auftrage des Comitees

J. Kurin, Vorsitzender, Königs-Str. 15., wohin alle Briefe zu richten sind.

Berlin. Der Strike der Maschinenbauarbeiter (Blugische Fabrik) währt immer noch fort; wenn auch Einige jahnenständig geworden sind, so ist dieses immer noch nicht erheblich, da es sind noch 900—1000 Mann zu unterstützen, während 3—400 Arbeiter außerhalb der Fabrik arbeiten. Das Bureau der Strikecommission befindet sich jetzt Thorstraße 12, Sieber's Salon und sind Briefe u. s. w. dorthin an Stäge zu senden.

Cöln, 22. Septbr. Heute fand unter dem Vorsitze Heinrichs eine Parteiversammlung statt, welche ziemlich gut besucht war. Parteigenosse Most war unserer Einladung gefolgt und von Mainz herübergekommen. Derselbe berichtete über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Das Programm der sozialen Arbeiterpartei.“ Einleitend verbreitete sich Redner über die Einwirkung und Entwicklung der Sozialdemokratie und hob hervor, daß die falschen Gerüchte über unser Streben, welche geflüsternd von unsern Gegnern verbreitet würden, es nothwendig machten, unser Programm immer wieder dem Volke vorzuführen. Besonders wie es noth, dem deutschen Arbeiter die Prinzipien der Sozialdemokratie darzulegen, da derselbe (im Sinne der Bourgeoisie) der beste Arbeiter sei, d. h. am meisten arbeite und mit dem niedrigsten Lohnlage sich begnüge. Sei man doch nach Aufhebung der Sklaverei in Amerika mit dem Plane umgegangen, die schwarzen Sklaven durch deutsche Lohnarbeiter zu ersetzen. Zuerst habe die Bourgeoisie die Arbeiterbewegung in die Hand genommen, nachdem aber Versuche der Fortschrittspartei die Masse abgerissen, sei der Sozialismus, der bis dahin in den Köpfen einzelner Männer existirt, in die Massen gedrungen. Die früheren Sozialisten seien Theoretiker gewesen, welche ihre fertig ausgedachten Ideale nicht zu realisiren im Stande waren. Heute seien wir praktisch geworden. Wir wollten eine allmähliche Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und dazu bedürften wir politischer Macht. Von den heutigen herrschenden Faktoren der Gesellschaft sei ein Fortschreiten zum Besseren nicht zu erwarten, da das Interesse der herrschenden Klassen dem im Wege stünde. Die Arbeiter müßten selbst ihre Emancipation in die Hand nehmen. Die Bourgeoisie, wenn sie sich auch als regierungsunfähig erwiesen, theile doch mit den andern die Macht, indem man das Volk als gemeinschaftliche Weltlauf benutze.

Was die Arbeiter wollen, sei die Gleichberechtigung aller. Um unser Bestehen, an Stelle des Lohnsystems den Arbeitsvertrag für die Arbeiter zu setzen, aber zu führen zu können, müssen wir auch politisch den Staat umformen. Nur wenn die Volksherrschaft durchgesetzt, könne eine erfolgreiche Lösung der sozialen Frage gebracht werden. Nachdem Redner die Gründung unserer Partei berührt, ging derselbe zu den einzelnen Punkten des Programms, dieselben erläuternd über. Zu Punkt 2, die Erziehung des freien Volksstaats betreffend, bemerkte Redner, daß jeder Volksfreund, auch wenn er nicht Sozialdemokrat ist, dies unterstützen könne, denn es sei eine Frage der Gerechtigkeit, daß das Volk die politische Gleichberechtigung erhalte. Bei der Beleuchtung unserer Grundzüge wies Redner den Vorwurf zurück, daß die Arbeiter ein neues Privilegium für ihre Klasse begehren wollten. Unsere Parole sei: Gleiche Rechte, gleiche Pflichten.

In seinen weiteren Ausführungen kam Redner auf das ökonomische Lohnsystem und das heutige Steuerwesen und zeigte, daß die Ursache aller Uebels die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters vom Kapital sei. Zur Organisation übergehend, bewies Redner, daß dieselbe notwendig international sein müsse, möchten auch die Arbeiter der verschiedenen Staaten, durch Folgegesetze beengt, ihre Organisation nennen wie sie wollten, die Gemeinsamkeit der Grundzüge, der innige Zusammenhang der Sozialdemokraten aller Länder könne nicht verhindert werden.

Bei Besprechung des Punktes 3 unseres Programms, welchen Redner gewissermaßen die Verfassung des Zukunftstaats nannte, wies er die Gerechtigkeit der Forderung des Allg. meinen direkten Wahlrechts nach und unterwarf das heut bestehende, von Bismarck gegebene allgemeine Wahlrecht einer scharfen Kritik.

Besonders treffend erläuterte Redner III. 4 und 6 unseres Programms, die Erziehung der Volksschule an Stelle der stehenden Schule und die Forderung des obligatorischen Unterrichtes in allen öffentlichen Bildungsanstalten betreffend. Redner prophezeite einen allgemeinen Banquet, wenn die stehende Schule wie bisher weiter entwickelt werden sollte. Die stehende Schule seien ebensowohl gegen den inneren Feind gerichtet, wie gegen den äußeren. Die Forderung einer radikalen Umgestaltung unseres Schulwesens zeige besonders die Nichtigkeit der gegnerischen Behauptungen, daß die Behauptungen der Sozialdemokratie kulturfeindlich seien. Auf unsere letzte Forderung (siehe III. 10) unseres Programms, legte Redner besonders Gewicht. Mit begeisterten Worten forderte Redner auf, der Sozialdemokratie beizutreten und Theil zu nehmen an dem Werke der Befreiung unserer Klasse.

Der 1/2stündige ausgezeichnete und wiederholtem stürmischem Beifall begleitete Vortrag unseres wackeren Redners wird seine Wirkung nicht verfehlen und manchen denkenden Arbeiter in unsere Reihen führen.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Das Arbeiterfest im Schlesischer Walde machte Heinrichs Mitteilungen über die durch den dortigen Bürgermeister herbeigeführte Bereinigung des Festes; der Bürgermeister habe in Begleitung von mehreren mit geladenen Gemeindevorständen der Arbeiter die Abhaltung des Festes wegen nicht gemachter direkter Anzeigekosten untersagt. Die Arbeiter sollten weder ihr gekauftes Bier trinken dürfen, noch was es der mitgebrachten Musik gehalten aufspielen. — Eine Wiederholung des Arbeiterfestes wurde in Aussicht gestellt.

Die Versammlung hatte den Vorträgen, besonders den unseres Redners großen Beifall spendend und ein lebhaftes Interesse für die entwickelten Ideen an den Tag gelegt. Nur Einer schien sich zu langweilen, was aus den Ausrufungen: „Nun hört das noch nicht auf“ und „Donnerwetter es ist schon 2 Uhr“ zu entnehmen ist. Dieser Eine war der aufsichtführende Polizei-Kommissar.

Doch bald sollte sich zeigen, daß auch dieser ein reges Interesse, sowohl an dem Vortrag, als auch an der Person unseres Redners nahm. Nachdem die Versammlung geschlossen, forderte der Kommissar Redner auf, ihm zu folgen. In der That war es keine Einladung zu Mittag, wie man in Anbetracht der Zeit hätte annehmen können, sondern der Polizeibeamte glaubte Gelegenheit zu haben, Einiges aus der Rede zum Gegenstande einer Anzeige machen zu können. Auf dem Wege zum Bureau des Kommissars kam uns eine Militärpatrouille von circa 7 Mann entgegen, welche bei unserem Anblick aber wieder fehrte machte. Nach der einleitenden Bemerkung, daß wenn Redner sich nicht über das Gespräch ausweisen könne, er sofort ins Loch gesteckt werde, ludte der Kommissar verschiedene Stellen der Rede als gegen einen § des Strafgesetzbuches verstoßend darzustellen. Die treffenden Entgegnungen Redners mögen den Polizisten etwas weniger hoffnungslos gestimmt haben, während Redner selbst hatte ein Stück Intelligenz & des Intellekts zu bewundern. Mit der trotzigsten Behauptung, daß Redner zur Redenschaf gezogen werde, durfte er gehen, um mit dem nächsten Zuge nach Solingen zu fahren, wo seiner die dortigen Parteigenossen mit Sehnsucht harreten.

Altona. In einer kürzlich abgehaltenen Versammlung der Seeleute trübte der Vorsitzende mit, daß das Komitee mit einer größeren Anzahl hiesiger und Hamburger Redner sich in Verbindung gesetzt und Rücksicht hinsichtlich der Forderungen der Seeleute und der Höhe der Monatsgabe genommen. Dasselbe hätte meist überall das freundlichste Entgegenkommen und an vielen Stellen ein bereitwilliges Eingehen auf die Forderungen der Seeleute gefunden, namentlich sogar in Verbindung mit der Aufforderung, am Strife festzuhalten, da es keinem Zweifel unterliege, daß in diesem Falle die Schiffseigenen würden nachgeben müssen. Um nicht für die niedrige Monatsgabe anzumustern oder in Stilllegen ihre Sparsamkeit zu verzeihen, haben schon mehrere hiesige Seeleute Feuer für Bremen angenommen oder für die amerikanische Flotte „Wabash“ angenommen. Von Seiten der Seeleute wird ebenfalls eine Vorstellung an den Reichsanwalt gerichtet werden, welche im Gegenlage zu der von dem Königl. Kommerz-Collegium eingereichten, um Verbesseerung des § 47 des Entwurfs zu einer Seemannsordnung nachsucht, da dieser Paragraph gewissermaßen der einzige, durch welchen der Ramsch neben dem wackeren und ihren außerordentlichen Leistungen auch ein Recht eingeräumt werde. Tag und Nacht hat auch der hiesige Kaufmannverein in seiner letzten Sitzung den Versuch gemacht, dem Reichsanwalt für Streichung des § 47 der Deutschen Seemannsordnung sich auszusprechen zu wollen. Dieser Paragraph gehaltet nämlich drei Matrosen oder einem Schiffsoffizier eine Unternehmung des Proviantiers oder der Seetüchtigkeit des Schiffes herbeizuführen. Die Redner und Kapitäne halten eine solche Verfügung nun für unvereinbar mit der Freiheit der See. Dieser Beschluß des Kaufmannvereins ist um so verwunderlicher, als ein solcher Protest seitens der Matrosen und Offiziere einerseits selten und dann nicht ohne Grund erhoben werden werden wird. Ueberrinnmt der Seemannsverein, so müssen wir auch Rechte zur Seite stehen; die Verproviandanten auf machen Schiffen läßt viel zu wünschen übrig und die Meinungen über den Wert dieser Bestimmung sind in der nautischen Welt auch sehr geteilt.

Neuiges, d. 22. September. Am 3. September, wie schon berichtet, fand hierorts eine von den Mitgliedern des Allg. deutschen Arbeitervereins veranstaltete Volksversammlung statt, in welcher eine Resolution angenommen wurde, dahin gehend, daß die Streitigkeiten in den verschiedenen sozialdemokratischen Fraktionen einzeln zu werden sollten. Hohenloher und Löble, welche anwesend waren und mit welchen wir noch privatim uns unterhielten, versprachen ihre Möglichkeiten hierzu beizutragen.

Anstatt aber in diesem Sinne zu handeln, machen sie es gerade umgekehrt, und man kommt immer mehr zu der Ansicht, daß alle Versöhnungsversuche mit diesem Herrn vom „Neuen“ zu nichts führen können. Löble schreibt über die Versammlung, welche am 3. September hier stattfand, im „Neuen“ unter anderem Folgendes: „Der Vereinspräsident wurde an dem Bahnhof mit stürmischem Hoch empfangen, aber wahr ist, daß nur wenige Personen von Weges den Herrn Präsidenten auf dem Bahnhof empfangen haben. Diese Obsequien in wahrhaft lächerlich. In seinem Berichte kommt Löble weiter zu der Ansicht, daß die Versammlung zur Ausbreitung des Vereins im Kreis Weidman viel beitragen würde. Ich glaube es auch, Herr Löble, und bestimmt dann, wenn die Leute Ihren Bericht über die propädeutische Empfangsfeier lesen.

Was den Bericht von Löble im Uebrigen anbelangt, so ist derselbe von vorne bis hinten eine direkte Herausforderung an uns. Wir ziehen hieraus, wie es die Herren vom „Neuen“ mit der Feindschaft nehmen. In genannter Versammlung wurde auch eine Resolution eingebracht, welche den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein und dessen Organisation als allein maßgebend hinstellte, selbige wurde aber verworfen. Warum sagt Herr Löble hierüber in seinem Bericht

nichts? Wir haben es ebenfalls unterlassen, um nicht Anlaß zu neuen Streitigkeiten zu geben; wir sehen aber, daß alles nicht hinf. Um noch einen Versuch zu machen uns am hiesigen Orte zu vereinigen, richteten wir auf der 21. eine öffentliche Parteiversammlung an und luden durch die Lokalblätter die Mitglieder des Allg. deutschen Arbeitervereins ein, aber nur ein Mitglied erschien, und obgleich die Zahl Derer, welche noch am „Neuen“ hängen, in Neuiges gering ist, so hatten wir dies nicht erwartet. Wir werden deshalb in Zukunft derartige Einigungsversuche nicht mehr machen. Viele Mitglieder sehen wohl selbst ein, daß Manches nicht mit rechten Dingen zugeht, aber sie besitzen nicht den Mut, als Opponenten aufzutreten. Hoffen wir, daß das Treiben gewisser Agenten bald aufhören wird.

NB. Die Hetzjagd auf die Sozialdemokraten scheint auch in unserer Gegend aufblühen zu sollen. Von Seiten der Oberprokuratorat Eberfeld ist der Befehl an die Ortsbehörden ergangen, die Versammlungen gehörig zu überwachen und die Sozialisten und deren Treiben zu beobachten. Wir trauten uns auch in der letzten Versammlung der Anwesenheit des Herrn Bürgermeisters nicht drei Mann von der bewaffneten Macht. Die Versammlung verlief aber nicht-bewussten in aller Ruhe, bis es dem Herrn Bürgermeister einige Minuten nach 10 Uhr beliebte die Versammlung zu schließen.

Auf mein Befragen, warum dieses geschähe, erklärte der Herr Bürgermeister, es sei Polizeistunde. Wir haben natürlich hiergegen Beschwerde erhoben, denn so etwas ist hier noch nicht erbet worden, ob es aber was helfen wird, ist freilich die Frage. Jedenfalls glaubt man durch derartige Manöver uns zu schaden, aber da nämlich man sich, wir erstreuen uns im Gegentheil eines schönen Parteilbens.

Bensheim a. d. Bergstr. 18. Sept. Verlossen am Samstag Abend hatten wir das Vergnügen, Herrn Rosi in einer hier abgetrauten Volksversammlung sprechen zu hören. Obgleich die Lokalblätter, welche hier sehr beschränkt sind, seinen Wünschen am Ende nicht entsprachen, so wurde er doch, wie es schien, durch den zahlreichen Besuch und die Begeisterung welche sich hier in Hoch- und Brau- und Lust machte, einigermaßen zufriedener gestellt. Es ist durch die anschaulichen, sehr verständlichen Erklärungen des Herrn Rosi in manchen Köpfen etwas heller geworden und geben jetzt viele, so sehr früher erbitterte Gegner der Sache waren, zu, daß die sozialdemokratischen Behauptungen gar nicht so unrichtig seien.

Ohne Vorzeigung kann es jedoch hier einmal nicht gut abgehen. Während Redner die Ungerechtigkeit der indirekten Steuer erklärte, wurde er von einem Gendarmen in ebruidiger Weise unterbrochen. Natürlich wurde der Herr Rubsdörfer von Herrn Rosi so heimgeschickt, daß er sich während dessen Refrats nicht mehr mühte. Um so wütender wurde er jedoch, als Hr. Ehrhart aus Darmstadt austrat, um den Bericht vom Mainzer Kongress zu geben. Ohne genügende Ursache fiel er über Ehrhart in maßloser Weise her und erklärte die Versammlung für geschlossen. Nachdem die Anwesenheit mit Würde zur Ruhe gebrocht worden, wurde die Versammlung von dem Vorsitzenden geschlossen. Wir blieben noch in geselliger Unterhaltung beisammen und wurden noch einige sozialdemokratische Lieder, darunter „Wir und Arbeit“ ruff die Welt“ gesungen und uns von Herrn Rosi noch einige gute Rathschläge ertheilt.

Die Heppenheimer Parteigenossen mußten auf den Vortrag des Herrn Rosi, auf den sie sich so sehr gefreut hatten, verzichten, da dessen Kräfte in Mannheim notwendiger waren. Herr Opificius aus Frankfurt kam in Folge der Einladung des Herrn Ehrhart nach Heppenheim, um die nun einmal anberaumte Volksversammlung abzuhalten. Nachdem derselbe über die Behauptungen der Partei gesprochen und dieselben erläutert hatte, trat Ehrhart auf. Es währte aber nicht zehn Minuten, so erklärte ein hereinströmender Gendarm, welcher sich inzwischen Hilfe geholt hatte, die Versammlung für geschlossen. Auf die Frage, warum und aus welchen Gründen die Versammlung geschlossen sei, erklärte der betreffende Gendarm, daß Ehrhart in Unternehmung nicht, wozu er über Ehrhart nichts weiß. Die Vermuthung, daß ein Ehrhart die bei seinem Betreten der Stadt ihm angebrochte Verhaftung in Ausführung gebracht werde, ging von Mund zu Mund. Die Polizei stellte sich auf die Straße, die versammelten Arbeiter ebensowohl um die Agitatoren zur Bahn zu begleiten. Der Zug von wenigstens 200 Personen legte sich in Bewegung, die Polizei eine Zeit lang an der Spitze. Doch als letztere merkte, daß hier nichts zu machen sei, bog sie in eine Gasse links ein und ungehindert ging's weiter mit Sang und Klang zur Bahn. Wenn die Heppenheimer Parteigenossen, deren Zahl fortwährend im Steigen begriffen ist, auch fern- so sein zum-mehalten, dann wird der Polizei bald die Lust vergehen, so müßiglich wie bisher zu verfahren. — Während ein vier ersehener des ultramontanen Blutes, welches sich „Startenburger Vore“ nennt, über die Verfolgungen, welche die Katholiken in entgegen hätten, lamentirt, können doch die „Schwarzen“ ihre Arbeitervereinsorganisation zu ruhig und nicht ohne polizeiliche Überwachung abhalten. — In Pfungstadt, eine Stunde von Darmstadt, wurde verlossen Sonntag eine Parteimittelschaft mit 14 Mann gegründet. Pfungstadt ist ein Zährthälchen und die Arbeiter meist protestantisch.

Mit sozialdemokratischem Gruß
A. Müller.

Forzheim. „Die ersten Versuche der Sozialdemokraten, sich Organisationshum anzueignen.“ Unter diesem Titel bringt das Centralblatt für das „freie“ „Fortbildungswesen“ in Deutschland „Der Bildungsbereich“ in Nr. 12 einen längeren, die Kämpfe und Reibereien der Bildungsvereine und Sozialdemokraten behandelnden Artikel mit einem Motto:

„Nun kann ich Dinge würdigen Pflichten!
Du kannst im Großen nichts verrichten
Und längst es nun im Kleinen an.“ (Fouq.)

Wir würdigen zu diesem Artikel nichts zu sagen haben, wenn demselben nicht ein von Berichtigungen, Entstellungen und Verläumdungen gegen unsere Partei strotzender Bericht aus Forzheim zu Grunde gelegt wäre, und werden wir es auch hauptsächlich mit dem Bericht zu thun haben. Um den Bericht in seinem ganzen Wortlaut wiederzugeben, ist uns der Raum dieses Blattes zu kostbar, doch können wir uns nicht verjagen einige Auszüge anzuführen.

Der Berichtshatter schreibt: „Der hiesige Ortsverein der Goldarbeiter, 2000 Mann stark, ist durch Zusammenziehung verschiedener Umstände, insbesondere durch den Rücktritt der früheren Leiter desselben, die von den hiesigen Fabrikanten nicht weniger als von der radikaln Arbeiterpartei angeleitet, verdrängt und beschimpft worden, was u. a. nach i. die Hände der extremsten Sozialdemokraten übergegangen.“ Es ist Thatsache, daß, als im Jahre 1889 mehrere Männer des hiesigen Arbeiterstandes zusammentraten, um eine Genossenschaft der Goldarbeiter in hiesiger Stadt zu gründen, gerade die Männer an die Spitze des gegründeten „Ortsvereins der Goldarbeiter“ kamen, die von einer solchen Vereinigung gar nichts wissen wollten, und die erst dann dafür waren, als sie sahen, daß ihr eigenes hiesiges Vereinigung nicht hintertrieben konnten und zweitens, daß dieselbe am Ende in die Hände der Sozialdemokraten, welche damals schon in hiesiger Stadt, wenn auch nur vorübergehend, thätig waren, übergehen könnte. Erst von da ab arbeiteten sie Scheinbar für den Verein, in der That aber nur für die Bourgeoisie, denn sie gaben sich alle Mühe, den Verein zu einem Werkzeug der Bourgeoisie zu machen.

Aber die Freude sollte nicht lange dauern, denn die Männer, die wieder lesen noch sonst was lernen“ (wie besagter Bericht weiter unten sagt) hatten doch so viel gelernt, um den Wols im Schaafliede zu erkennen: Die Herren mußten abtreten und die Männer, welche die erste Anregung zur Gründung dieses Vereins gaben, übernahmen, unterstützt von andern tüchtigen Männern, denen das Wohl ihrer Kollegen am Herzen liegt, die Leitung. Erstere zogen sich nun vollständig in den hier bestehenden Arbeiterbildungsverein zu rück, um dort das so schmählich gescheiterte Werk von Neuem zu beginnen. Und von da ab wurde es auch den befangenen der Ortsvereinsmitglieder klar, welche Tendenzen diese Herren verfolgten, denn überall, wo es nur galt gegen die Bestrebungen der Arbeiter anzukämpfen, waren diese Herren im Verein mit der Bourgeoisie am Platze, ja einer dieser Herren brachte es sogar soweit, daß ihm die Arbeiter in öffentlicher Versammlung sagten, daß sie ihn nicht mehr als Arbeiter d. h. als ihren Kollegen betrachteten.

Der Bericht sagt weiter: „Namentlich war ihnen ein Dorn im Auge, daß der Arbeiterbildungsverein mit seinen 550 Mitgliedern, mit seiner vortrefflichen Einrichtung und seinem Eigenthum, mit geräu-

migen Lokalitäten sich bisher ihren Einflüssen entzog.“ Es ist richtig, daß von Mitgliedern des Ortsvereins sowohl, als auch von den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei schon oft und vielfach debattiert wurde, daß der Arbeiterbildungsverein sich in den Händen von Männern befindet, die mit der Bourgeoisie Hand in Hand gehen. Was jedoch die weiteren Ausführungen des Berichtshatters betrifft, alles hätte wir Alles ausgeboten, um den Verein zu unterhalten u. s. w., so ist dies eine Lüge, die auf Rechnung der samolen Bestrebungen dieser Herren gesetzt werden muß. Es geht dies schon daraus hervor, daß bis vor ganz kurzer Zeit, sogar bis nach der Kurwahl kaum 10 Mitglieder der hier bestehenden Partei zugleich Mitglieder des Arbeiterbildungsvereins waren. Wie gering aber auch im Arbeiterbildungsverein der Anfang dieser Herren war und ist, geht aus dem Klagen des Berichtshatters deutlich hervor. Derselbe sagt: „Unsere gemäßigten Mitglieder, ruhige, solide und fleißige Arbeiter, welche in der Halle lesen, Vorträge und Unterricht besuchen, kommen in die Versammlung nicht, wozugegen die Sozialdemokraten, die weder Lesen noch sonst was lernen, deren Aufenthalt das Wirtshaus ist, deren Lebenselement die Agitation in den Vereinsversammlungen, wo eben die Entscheidung liegt, vollständig erscheinen.“ O, welche Lüge! Die Sozialdemokraten lesen und lernen nicht, und doch sind sie immer am Platze, wo es gilt, das Interesse und das Wohl des Arbeiterstandes zu wahren und zu fördern; wozugegen die ruhigen, fleißigen und soliden Arbeiter des hiesigen Bildungsvereins durch lauter Lesen, Lernen, so tragbar und unterrichtsbegehrt so dressirt und „herausgebildet“ sind, daß sie ihr eigenes Interesse und somit das Interesse des gesamten Arbeiterstandes vollständig außer Acht lassen. Ja immere nur, a mir Berichtshatter, denn Du siehst jedenfalls ein, daß der Arbeiterbildungsverein trotz „Erstarr“ und jorglätiger „Heranbildung“ doch noch viele Mitglieder zählt, welche durchaus keine Lust besitzen, sich von Dir und Deinesgleichen zu Bourgeois-Trabanten strecken zu lassen.

Den Beweis hierfür liefert ebenfalls eine kürzlich abgehaltene Mitgliederversammlung, in welcher es diesen Herren mit Ausbietung aller ihrer Rednerkräfte kaum gelang, eine Majorität von 26 gegen 23 Stimmen zu erlangen und dies erst, nachdem durch die Verschleppung der Abstimmung 4 von unsern Leuten aus Verdruss davongegangen waren. Dies beweist nun die Herren abzutreten, denn sie mußten sich sagen:

„Du kannst im Großen nichts verrichten.“
Deshalb eifriger aber werden sie nun mit Verläumdungen, Beschuldigungen und Entstellungen bei der Hand sein, wie uns ja besagter Bericht schon sehr ein Bißchen davon giebt. „Was die weiteren Instruktionen des Berichtes betrifft, so wollen wir darüber hinweggehen und nur dem Berichtshatter anempfehlen, künftighin auch seine Berichte ordentlich zu lesen, ehe er solchen Unsinns in die Welt hinaus-schrei-t. Denn ein Bericht, in dem man sich in jedem Satz wieder-spricht ist unserer Ansicht nach Unsinns. Allerdings steht es Jedem frei, sich zu biamitzen, und so lange man mit solchen Waffen gegen uns ankämpft, haben wir nichts zu fürchten, man will eben das im Großen verlorene Terrain im Kleinen wiedererobern.“

Nürnberg, 18. September. Im Verlage der Hoffmann'schen Buchhandlung (München und Nürnberg) erscheint seit etwa einem Jahre eine pädagogische Zeitschrift unter dem Titel: „Deutscher Schulwart“, pädagogische Monatshefte im Harnisch, redigirt von Dr. Paul Schramm.“ Diese Schrift ist im Großen und Ganzen zu unserer Freude zu begrüßen. Wenn auch nicht die Artikel des Herrn Dr. Schramm selbst, der sich mehr auf glänzenden Spiel als auf wissenschaftliche Grunderklärung zu Gute thun kann, unsern Beifall verdienen, so ist doch anerkennen, daß vorzügliche Mitarbeiter an dem Werke theilhaftig sind, denen es in Wahrheit Ernst ist mit der Aufklärung des Volks. Besonders in religiöser Hinsicht ist der Schulwart gewiß die einzige Zeitschrift, welche sich entschieden auf den Standpunkt der reinen Vernunft stellt. Um so mehr wundert es uns daher, als wir sie nicht auf der innern Seite des Umschlages, den wir bisher noch nie beachtet hatten, die Bemerkung lesen, der Schulwart werde fort und fort bemüht sein, alle Feinde der freien Volksschule und Volksbildung, insbesondere die schwarze und die rote Internationale zu bekämpfen. Es ist wirklich zu arg, ein Mann, der für Geistesfreiheit kämpft, und der von den liberalen sowohl als den ultramontanen Episkopale in München selbst als Internationaler und als „Heide“ bezeichnet wird, nennt die Internationale einen Feind freier Volksbildung. Entweder hat Herr Dr. Schramm damit verwechselt, die liberale Bourgeoisie mit seiner radikalen Schreibweise auszuwählen, oder er hat wirklich noch nie eine sozialistische Broschüre in Händen gehabt. Ist das Ernere der Fall, so ist es ein feiger, redaktioneller Mangelgriff, trifft aber das Zweite zu, so ist es noch weit schlimmer, denn in welchem Lichte muß uns der Redakteur einer anerkannt guten pädagogischen Zeitschrift, der als Volksschullehrer von der Bise auf gebildet hat und folglich das ganze Leben des Volkes von Grund aus kennen sollte, erscheinen, wenn er gestehen muß: ich kenne die soziale Frage nicht, ich kenne nicht einmal das Programm der Partei, die ich in journalistischer Unwissenheit verteidige und laute nicht etwa ein Punkt in unserem Programm aus Trennung der Schule von der Kirche und der Kirche vom Staat? Und ein anderer auf obligatorischen, unentgeltlichen Unterricht an allen Bildungsanstalten. Herr Dr. Paul Schramm, selber Schulrevisor in Nürnberg, hätte dabeihilflich wohlgefragt, wie er genug gehabt, um sich über die „rote Internationale“ etwas genauer zu informieren. Wir erziehen unsern Münchener Parteigenossen, dem Herrn Doktor, da wir keine Korresse nicht genau kennen, ein Exemplar von dieser Nummer des „Volksstaat“ und unsern Parteiprogramm zuzuschicken zu wollen.

Kassel. Die Lage der Arbeiter“ schreibt der „Arbeiter“, „ist gegenwärtig eine sehr günstige und wird voraussichtlich eine noch bessere werden, da unter dem Einflusse der hiesigen reichen Industrie die Preise der Lebensmittel herabgehen. (Und die Wirtskrawalle!) während der Lohn auch ohne Ausnahme immer noch steigt.“ Unter solchen Umständen ist es sehr angezogen, daß die Arbeiter die Gunst der Zeit zu Expansivität benutzen und zur Gründung solcher Anstalten, die ihr materielles Wohl fördern (Vaus, Konsum, Sparvereine, Lebensversicherungen). Leider scheint das wenig der Fall zu sein; gerade wie in gewöhnlichen Zeiten es eine alte Erfahrung ist, daß nicht die Arbeiter am meisten sparen, welche am meisten verdienen, so wird auch jetzt die Ersparung gemacht, daß der jetzt so reichliche Verdienst nur wenig zur Anbahnung von Expansivität benutzt wird.“ — Wo die Arbeiter stehen, deren Lage „gegenwärtig eine sehr günstige“ ist, das verschweigt der „Arbeiter“. Ebenfalls hat man sich dato in Erfahrung bringen können, wo die Wäre „ohne Ausbände“ in nennenswerther Weise in die Höhe gegangen wären. „Unter solchen Umständen“ müssen wir denn auch den Rath des „Arbeiter“, die Arbeiter mögen zur Förderung ihres materiellen Wohls an die Gründung von Vaus, Konsum, Sparvereinen, Lebensversicherung denken, als an die unrichtige Adresse gerichtet, zurückweisen.

Aus der Niederlausitz. (Agitationsbericht.) Am 31. August, früh 5 Uhr, reise ich zum zweiten Mal über Berlin und zwar mit Koffer nach der Niederlausitz. Unter Ziel war Finsterwalde in erster Reihe. Leider mußten wir 6 Stunden, da kein Anschluß war, in Corbus brach liegen, doch wir benutzten die Zeit, um mit den Golliner Genossenschaftsgenossen Beschiedenes über die angezeigte Versammlung zu besprechen. Nachmittags 4 1/2 Uhr ging's dann nach Finsterwalde, wo Alles von den Freunden zur Volksversammlung bestens vorbereitet war. Die Versammlung war von 4-500 Mann besucht, worunter auch der Herr Bürgermeister, mehrere Fabrikanten, Buchdruckereibesitzer, Buchbinder und der Herr Polizei-Inspektor vertreten waren. Kayser als erster Redner sprach über die „Ziele der Arbeiterbewegung“ und ich über „die gegenwärtige Lage der Arbeiterklasse, ihre notwendigen und berechtigten Forderungen.“ Als hierauf der Vorsitzende die Versammlung Herr A. Sp. in, zur Diskussion aufforderte, stieg er nicht ohne Eifer zum Wort. Vor Schluß zeichneten sich 81 Mann in die Liste als Parteigenossen ein. Wir besprechen dann noch einige Zeit mit den Genossenschaftsgenossen zur Besprechung einiger Punkte beisammen. Tags darauf ging's nach Forst. Zwei Parteigenossen, darunter der Vertrauensmann, empfingen uns am Bahn-hof; zur Volksversammlung waren auch hier die Vorbereitungen getroffen; kurz bevor wir von Corbus abdampften, gestellte sich Herr Kayser vom Allg. Deutsch. Arbeiterverein zu uns ins Coupe; seine Anwesenheit war uns ein sicheres Zeichen, daß wir in Forst auf Widerstand rechnen würden. Und in That, kaum daß unser Forster Vertrauensmann die Versammlung eröffnet und zur Wahl eines Bureau aufgefördert hatte, da ging, wie auf Kommando, der Spelatal los.

Die schweizerische Verfassungsreform.

III.

Die politische Centralisation; Armee, Gesetz und Finanzen. Die administrative Decentralisation. Die Unterdrückung der Volkssouveränität in den Cantonen.

Die Geschichte lehrt, daß die einzigen Republiken, die gelebt haben und gedeihen, die noch existiren und gedeihen, die föderativen Republiken sind, während die Einheitsrepubliken immer nur ein Hinterhalt für die Volksherrschaft gewesen sind, ein fataler Uebergang der Volksherrschaft zur persönlichen Dictatur, die sich der Kaiserkrone bemächtigt. Und was stellen die Einheitsrepubliken während ihrer kurzen Dauer vor? Ach, das heutige Frankreich nennt sich auch Republik, ganz wie sich das jetzt Juni 1848 auch nannte! Warum folgten denn der Verdrüßlichkeit des Dictators die blutigen Saturnalien, ausgeführt von den Versäulern auf den Ruinen der pariser Commune, und das um Platz zu machen dem allgemeinen Mißbehagen, den Conspirationen aller Faktionen der privilegierten Klasse, den Verfolgungen, den Bankrotten?

Ist es nicht, weil diese Republik auf Nichts gebaut ist, weil ein Volkshauch oder ein republikanischer Wind sie in Nichts verwehen können, weil diese Republik nicht Frankreich, sondern Versailles ist?

Das ist die Einheitsrepublik! Alles ist darin centralisirt, die Armee wie die Gesetzgebung, die Finanzen wie der Unterricht! Man muß jedoch gestehen, daß Frankreich mächtig und reich, und daß sein Volk glücklich und stark wäre, wenn es mit den Einrichtungen einer föderativen Republik begabt wäre. Und man weiß, daß die Bestrebungen der Arbeiterklasse in Frankreich genau die föderative Republik verlangen, daß dies der politische Sinn der pariser Insurrektion war. Für Jeden, der von der Liebe zum Fortschritt begeistert ist, ist es peinlich, zu sehen, daß während man in Frankreich selbst in Folge eines Jahrhunderts von Unglücken sich endlich von dem Ausmaß der Centralisation und Unification reinigt, man in der Schweiz sich vorbereitete, diesen Ausmaß zu erben, indem man einen tödtlichen Schlag gegen den Föderalismus führt.

Man scheint zu vergessen, daß das letzte Wort, der Gipfelpunkt der Centralisation Sedan ist, wo man sich von dem Unstern Frankreichs abwendet und Hymnen für die deutsche Centralisation anstimmt: und diese ist's, die man nachahmen will (die eidgenössischen Redner haben sich nicht genirt, es gelegentlich zu gestehen!). Aber man verkennt einestheils, daß diese Centralisation noch ganz neu ist, und man sieht noch nicht ihre unheilvollen Resultate, man sieht nicht, daß sich nur die Bismarck'sche Verpreßung Deutschlands und nicht die Vereinigung der Nation vollzieht, daß andererseits diese Centralisation in Nichts den anschießenden Lauf Deutschlands zu einem schrecklicheren Sedan aufhält, zum ökonomischen Sedan, zum offenen Kriege zwischen den zwei Klassen der deutschen Nation. Alle Siege der Centralisation haben nicht das Glend gemildert, haben nicht die immer mehr wachsenden Fluthen der Auswanderung gesteuert, sie haben nur wieder erweckt die gute alte Zeit der Tendenzprozesse gegen die Vorkämpfer der Volksemanzipation!

Als ganze Antwort auf unsre Betrachtungen wird man uns sicherlich das sagen, was man die ganze Zeit über den Gegnern des Bundeswerkes gesagt hat: „Niemand denkt daran, zu centralisiren, alle Welt respektirt das föderative System, man will nur einheitlich machen, was durchaus einheitlich gemacht werden muß; die föderativen Institutionen bleiben unberührt.“

Wir müssen zuerst bemerken, daß es bedauerlich ist, daß die verhältnißmäßige Aufrichtigkeit der Debatte in den Bundeskammern in der letzten Zeit einer strategischen List Platz gemacht hat! In der That, in den Bundeskammern hat man freimüthig die Unterdrückung der kantonalen Souveränität, als einer sinnlosen Fiktion, eines Ausdrucks, der nach den revidirten Artikeln alle Kraft verloren hat, verlangt. (Vorschlag Stamm im Nationalrath etc.)

Jetzt sucht man der schweizerischen Nation einzureden, daß sie ihre föderative Organisation trotz der Revision beibehalten könne. Man hat nichts gethan, als das Militair centralisirt, als die Einheitlichkeit oder Centralisation im Straf- und Zivilrecht eingeführt, als die Grobthaten ihrer gesetzgebenden Rechte zu Gunsten der Bundesgesetzgebung beraubt. Es ist natürlich, daß man mit dem auch Bundesfinanzen schaffen wird, als logische Folge der neuen Bundesbefugnisse und ihrer Vollziehung; wenn das Militair centralisirt ist, ist die Bundesversammlung gehalten, diejenigen Maßnahmen zu beschließen, die geeignet sind, das Defizit zu decken.“ (Escher in der Kommission des Nationalraths.)

Es liegt auf der Hand, daß diese geeigneten Maßnahmen bald einen der wichtigsten Zweige der neuen Bundes-Bureaucratie bilden werden.

Nun, da die Centralgewalt (die französischen Publicisten sagen: der Staat) in ihren Händen die Armee, die Finanzen und die Gesetze hat, so ist die Gewalt allmächtig und eine solche Organisation heißt politische Centralisation.

Bewaffnet mit diesen allvermögenden Eigenschaften steht es der Centralgewalt frei, die cantonale oder die nationale Souveränität zu handhaben, wie es ihr gut scheint, denn nichts kann ihr widerstehen auf dem gesetzlichen oder bewaffneten Gebiet — mit Ausnahme der Insurrection.

Bei diesem Stand der Dinge verschwindet der Föderalismus und macht der administrativen Decentralisation Platz. Nun diese illusorische Decentralisation ist durchaus nicht ein Abkömmling des positiven Systems des Föderalismus; es ist eine Bastardform, die ein Compromiß zu sein scheint zwischen dem Heißhunger der Centralgewalt und dem furchtsamen Verlangen der unterworfenen Gesellschaft, die aber in Wirklichkeit nichts ist, als eine unheilvolle Heuchelei, die preisgegeben ist der ersten besten Laune der Centralgewalt.

Man hat in der letzten Zeit gern die Meinungen Fremder über die schweizerische Bundesorganisation citirt. Nun wohl, man lese alle Die, welche etwas Ernsthaftes über den Föderalismus geschrieben haben, man lese den englischen Gelehrten Freemann*, das jüngste Werk, das über den Föderalismus erschienen ist, und man wird sehen, daß er sehr wohl zwischen dem Föderalismus und gewissen Freiheiten zu unterscheiden weiß, die als municipale bezeichnet werden. Oder man lese, wenn das diesem Patriotismus besser gefällt, das Werk des zürcher Professor Müttimann**. 1866 verheißt er gerechter Weise die Bundesinstitutionen der Schweiz im Vergleich mit den nämlichen Institutionen Amerikas und im direkten Gegensatz mit allen den einheitlichen Systemen, die in Europa entstanden und verschwanden, als Beute der heftigen Krisen der Revolutionen und Staatsstürze.

Was diese famose „administrative Decentralisation“ betrifft, so haben sie die französischen Publicisten in ihrer crassen Unwissenheit, ihrer Naivität oder ihrer Spitzbüberei gepredigt und bewundert, und eine ganze oppositionelle Agitation war auf diese administrative Decentralisation*** gegründet, die freilich Fiasco gemacht hat, weil Napoleon III. und seine Minister sich offen für jene Centralisation und ihre unmittelbare Einführung in napoleonischen Reichthum erklärten.

Nun, was man den schweizerischen Cantonen lassen will, reducirt sich in der That auf diese „administrative Decentralisation“. In einer Sitzung der Commission des Nationalraths bestimmte Stämpfli die zukünftige Rolle der Cantone folgendermaßen:

„Nach der Centralisation des Militärs werden die Cantone noch ein hinlänglich großes Gebiet haben, auf dem sie ihre Thätigkeit in sehr verschiedener Weise entfalten können. Sie werden noch zu sorgen haben für die Bedürfnisse des Handels und der Industrie, des Unterrichts und des Cultus; es werden ihnen die öffentlichen Arbeiten, die Verwaltung der Justiz der Tribunale — mit einem Wort eine sehr ausgedehnte Sphäre (?) bleiben, bei welcher sie viel im öffentlichen Interesse thun können.“

Das wurde den 4. März 1871 gesagt und wenn man jetzt, den 4. Mai 1872, diese von Stämpfli den Cantonen zugewiesenen Befugnisse in Rücksicht darauf, was ihnen von Revisionswegen bleibt, ansehen will, so wird man finden, daß diese „sehr ausgedehnte Sphäre“ sich auf eine absolute Weise zusammenzieht, und daß in der That die cantonalen Gesetzgeber viel im öffentlichen Interesse thun können, indem sie sich den öffentlichen Arbeiten widmen, indem sie gute Edilen (Vauherren) werden, soweit die föderative Centralisation geruhen wird, ihnen diese Funktion zu lassen, ebenso wie die der Polizei zur Vollziehung der von der Bundesjurisdiction erlassenen Erkenntnisse! —

IV.

Bundesgesetzgebung. — „Ein Recht unbekannt! — Constitutionelle Vorlagen ohne begrenzte Prinzipien noch Grundlagen. — Die Rolle der Bundesgewalt. — Die Demokraten und die Jakobiner.“

Wird diese Bundesgerichtsbarkeit gut sein? Wird diese Bundesgesetzgebung, in deren Hände die Cantone ihre Souveränität abhandeln müssen, der schweizerischen Nation günstig sein? Wenn in der That diese Bundesgesetzgebung alle Mißbräuche austrotten, alle Uebel heilen soll, — warum weinen auf den Trümmern der kantonalen Souveränität?

Als ganze Antwort: Die Sonderlichkeit der revidirten Verfassung ist der Art, daß sie wenigstens 30 Verweisungen auf die Bundesgesetzgebung enthält und alles das ohne irgend ein festgestelltes noch verkündetes Princip! Und darüber soll sich das Volk aussprechen!

Man sagt ihm: „Du hast jetzt in Deinen Cantonen das Recht, die Gesetze zu machen, die Du willst; sie sind schlecht — dank Dein Recht in die Hände der Gesetzgeber eines Palastes ab, in den Du nie eingetreten bist und diese Bundesgesetzgeber werden andere Gesetze machen.“ — und — die Arbeitergesellschaften werden sofort ausrufen: es lebe eine Armee! es lebe ein Recht!

Welches Recht? — Das ist's, was wir vergeblich fragen.

Ein Volk, das sich achtet, giebt nicht so seine Souveränität auf und läßt nicht freiwillig seine Mehrzahl knebeln durch eine unbekanntes Vormundschaft.

Und wenn wir diese Vormundschaft nach der Vergangenheit beurtheilen wollen, so müssen wir die Thatfache constatiren: in der Verfassung von 48 war nur ein Drittel Verweisungen an die Bundesgesetzgebung (im Vergleich zur neuen Verfassung); nun, diese gesetzgeberischen Entwürfe sind der Mehrzahl nach nach Verlauf von 24 Jahren im Zustande der Entwürfe geblieben und die Bundesgesetzgebung hat sich nicht beeilt, positive Gesetze zu erlassen. Die Bundesgesetzgebung liebt es, der Bundesexecutive zuzuwenden und diese Executive begnügt sich mit Verfügungen, gefaßt in Bezug auf den und den Vorfall. Ist es gut, sich so anzuvertrauen — nicht dem Gesetz, sondern der Executivgewalt, die den Platz dieses unbekanntes und gelegentlich improvisirten Gesetzes einnimmt, unter dem Druck irgend eines bedauerlichen Umstandes?

Wenn wir an dieser Stelle die Rolle der Bundesgewalt prüfen könnten, und wäre es auch nur im Lauf der letzten Jahre, so würden wir sehen, daß sie zuweilen fern davon ist, mit den Wünschen des Volkes im Einklang zu sein, und daß sie nicht immer durch Unabhängigkeit und republikanische Freimüthigkeit glänzt.

Hier ist's, wo man sich zurückrufen muß, daß eine Centralgewalt immer mehr den bedauerlichen Einflüssen des monarchischen Auslandes unterworfen ist, als es eine delegirte Gewalt wäre, die ihre Kraft und ihre Competenz aus der Souveränität der Bundesstaaten schöpft.

Man constatirt mit Schmerz diese Einflüsse, sowohl in vielfachen Beziehungen mit dem französischen Kaiserreich, die in einem Vertrage aufstößen, der voll ist von Demüthigungen, wie in jenem wenig republikanischen Act schmeichlerischer und theologischer Beglückwünschungen, gerichtet vom Bundesrath an den Deutschen Kaiser, und in mehreren Confliten in Bezug auf Flüchtlinge oder Neunaturalisirte.

Man hat gesehen, wie die Bundesgewalt geneigt war, ihren Verträgen eine für die cantonale Souveränität nachtheilige Auslegung zu geben (Affaire Tourangin im Kanton Freiburg), man hat neuerdings gesehen, wie trotz der in Betreff der Beziehungen mit der Fremde präcisen Bundesgesetzgebung (Art. 10) die Bundesgewalt schreiende Verletzungen dieses Artikels gesehen ließ, wenn ihr dies gefiel; man hat endlich gesehen, wie die Bundesinterpretation des Auslieferungsvertrages die schweizerische Gastfreundschaft zu verletzen drohte, und daß in dem Conflict bezüglich der Commune-Flüchtlinge die cantonale Regierung von Genf — stark durch die Stütze des gesammten Genfer Volkes — die Ehre gehabt hat, die schweizerische Unabhängigkeit zu beschützen.

Ist es nicht praktisch, im Interesse der ganzen Schweiz gesprochen, klar, daß die monarchischen Mächte immer arroganter sein werden, wenn sie wissen werden, daß sie diese oder jene demüthigende Concession der Centralgewalt abzwängen können?

Neulich rief in einer revisionistischen Versammlung ein an sich wenig populärer Redner aus: „Warum können die Arbeiter annehmen, daß die zukünftigen Gesetze schlecht sein werden? Wir haben genug Vertrauen in die Männer, die bis jetzt an der Centralgewalt gewesen sind.“

Darauf könnten wir antworten: Warum sich in diesem Fall so viel Mühe geben und für oder gegen die Verfassung disputiren? Ist es nicht besser, wenn man mit Vertrauen gegen die Bundesmänner erfüllt ist, ihnen die ganze Sorge zu lassen und sie zu beauftragen, die Gesetze zu machen, wie es ihnen gut scheint? Wir haben darin volles Vertrauen!

Wie kann das Volk, wenn dieses Verfahren nicht zusagt, eifersüchtig auf seine Rechte eine Verfassung votiren, die fast die Gesamtheit seiner Rechte einer unbekanntes Gesetzgebung unterwirft, einer Gesetzgebung, deren Grundlagen zu sehen und deren Privilegien zu formuliren man sich bemühet hat?

War es schwierig oder unmöglich, um alle Welt zu befriedigen? Aus noch stärkerem Grunde wird die Ausarbeitung dieser 30 Entwürfe schwierig und unmöglich sein.

„Ein Gesetz! Ein Recht!“ — Wie wird man es machen?

Wie wird die Bundesgesetzgebung dahin gelangen, die Jahrhunderte alten Verschiedenheiten der Sitten, Gebräuche, Nationalitäten, Sprachen und des Klima zu entfernen und sie alle unter die Ruthe der Einheitsgesetzgebung zu falten? Wie wird man es machen, wenn gewisse wohl vorgeschrittene Cantone, trotz aller ihrer Arbeit nicht zur einheitlichen Codification der Gesetze aller Departementen des Cantons gelangen können? — Wird die gesetzgeberische Centralgewalt von der Höhe ihrer Allgewalt reinen Tisch mit allen den verschiedenen Gesetzgebungen der 22 Cantone auferlegten lokalen Vorbedingungen machen? In diesem Fall riskirt die Gewalt ihrerseits wohl, daß das unzufriedene Volk reinen Tisch mit seiner centralistischen Allgewalt macht!

Wir sind verpflichtet, unseren Brüdern der deutschen Schweiz es laut zu proclamiren und zuzurufen, welches das wesentliche Princip der sozia listischen Demokratie ist. Ach, wir haben es wohl begriffen, daß Ermüdet durch manche routinirte Hindernisse, durch manche Mißbräuche und Ungerechtigkeiten in den Cantonen, mehrere unserer Kollegen in der Bundesrevision eine Rettungsbarte erblickt haben, hoffend, daß das, was nicht auf cantonalem Gebiet erreicht werden konnte, in Kraft von Bundesdekretten von oben herab zugestanden werde. Das ist die traurige Illusion, die das Volk später recht theuer bezahlen kann.

Zunächst bleiben die Menschen, was sie sind, und die Ernennungen ändern nichts. Wenn eure politischen Männer in den Cantonen nichts können oder wollen, warum glaubt ihr, daß sie in der Bundescentralisation geschickter oder weniger interessirt sein werden? Andererseits: wenn Leute aus der Bevölkerung nicht wollen, nicht fähig sind, diese oder jene Reform von Cantonswegen zu ertragen, so werdet ihr sie nicht ändern und bestimmen „von Bundeswegen.“

Hier zeigt sich unser Princip in seiner ganzen Einfachheit: mit Gewalt werdet ihr das Volk mit keiner Wohlthat beglücken, mit Gewalt werdet ihr ihm keinen Fortschritt auferlegen. Es giebt nichts Lebensfähiges, nichts wahrhaft Fortschreitendes, als das, was durch das Volk selbst erzeugt ist, und was in Folge dessen sich als sein überlegter Wille zeigt.

Das ist die Verneinung der Lehre der neuen Jakobiner, die verkünden, daß dem unwissenden Volke das Glück auferlegt werden müsse (à la Hegel), und die davon logisch zu einer andern Dictatur folgern.

Nun, es wäre abgeschmackt, wenn die Männer der Arbeiterpartei selbst sich als Propheten erheben und erklären, daß das Volk durch sie zu wollen! „Die Befreiung des Volkes muß durch dieses selbst geschehen.“ Die Befreiung wird sonach auf sich warten lassen; aber andererseits, anvertraut den weisen Deputirten der Centralgewalt, die wesentlich der bürgerlichen Oligarchie angehört, würde diese Befreiung ewig auf sich warten lassen.

Diejenigen, die dagegen die Doctrin oder vielmehr das Auskunftsmitel des Fortschritts von oben her annehmen, sind die auf eine Viertelstunde Jakobiner gewordenen Liberalen! Aber habt nicht Furcht, diese Leute bleiben immer treue Söhne der Manchesterschule; sie haben immer die „absolute Freiheit“ — für sich selbst gepredigt und die Staatshandhelfer für ihre Sklaven. Jetzt nehmen sie die Bundescentralisation an; sie erklären sich, indem sie patriotisch die Feder des „Genfer Journals“ schwingen, für warme Parteigänger des Fortschritts von oben her; sie wissen nämlich, daß Alles, was von oben her kommen wird, durch sie und für sie allein gemacht und bestimmt sein wird, allen Bestrebungen von unten her einen Maulkorb anzulegen.

* Edw. A. Freemann, History of Federal government.

** Das nordamerikanische Bundesstaatsrecht verglichen mit den politischen Einrichtungen der Schweiz.

*** 1866 das Decentralisationsprojekt von Nancy.

Die Bilanz der Wohlthaten der Revision für die Arbeiter.

Woher kommt es doch, daß ein Theil der schweizerischen Arbeiter sein ganzes Vertrauen in die Bundesreformen setzt und von ihr die Verbesserung seines Looses erwartet?

Hat dieser Theil der Arbeiter auch nur ein wenig die Debatten in den Bundeskammern verfolgt, hat er konstatiert, woher alle reformatorischen Tendenzen der Centralisirer kommen und wohin sie gehen? „Die Einheitlichkeit der Gesetze“, die nur von einer Gesellschaft schweizerischer Juristen verlangt worden ist (gestützt durch die Ermunterungen junger schweizerischer Bourgeois, welche Jurisprudenz auf deutschen Universitäten studiren), diese Einheitlichkeit hat im Auge vor Allem und einzig die Interessen des Handels. Alle die sehr energischen Vertheidiger dieser Einheitlichkeit haben es formell und zu wiederholten Malen gesagt: Der Handel ist es, der diese Einheitlichkeit verlangt, um einige Unbequemlichkeiten des finanziellen Verkehrs zu beseitigen! Und für dieses ausschließlich der Tafel der Handelskreisenden zugerichtete Vinsengericht muß die Volkssouveränität abdanken, muß die föderative Organisation leichtsinniger Weise geopfert werden! Ach, wenn die Einheitsmacher etwas für das Volk thun wollten, warum sind sie nicht logisch gewesen und haben ihre Einheitsmacheret auf alle Gebiete des politischen und sozialen Lebens erstreckt? Warum haben sie, so revolutionäre Jakobiner, wenn es sich darum handelte, mit den föderativen Institutionen zu brechen, plötzlich angehalten, erschreckt vor der Geldfrage? Warum wurden diese selben Revolutionäre furchtsam, als es sich darum handelte, die finanziellen Mittel zur Ausführung ihrer glänzenden, centralistischen Reformen zu finden? Als man dahin gelangt war, eine Bundessteuer auf das bewegliche und unbewegliche Gut und auf das Einkommen zu legen? Und warum beeilten sie sich zu erklären, daß dies „vielleicht in eine gefährliche Bahn eintreten ließe.“

Warum, als es sich selbst um einen der einfachsten Generalvoranschläge handelte, als, von der gerichtlichen Reform sprechend, ein Mitglied der Kommission des Nationalraths den folgenden Vorschlag machte: „Die cantonalen Gerichte müssen denen, die sich an die Gerichte wenden, ein einfaches, schnelles und wenig kostspieliges Verfahren sichern. Es ist keine Ration von einem in der Schweiz domicilirten Kläger zu verlangen. Die cantonalen Gerichte, die die Bundesversammlung oder das Bundestribunal als diesen Bestimmungen entgegenstehend erkennen wird, müssen modifizirt werden.“

Warum wurde eine ähnliche Bestimmung verworfen, obwohl ihr Prinzip der Arbeiterklasse viel mehr versprach, als manche vagen und unbestimmten Bestimmungen der neuen Verfassung?

Warum hat man nicht gewagt, die Ehe von den kirchlichen Fesseln zu befreien, noch von dem Mißbrauch der vormundtschaftlichen Autorität, die immer die Mittel finden werden, die nämlichen standalben Hindernissen auszuüben, die die Revision beseitigen zu wollen vorgiebt? Warum hat man nicht gewagt, die Frau und die Witwe von der permanenten Vormundtschaft zu befreien, indem man die unerträglichsten Befolgungen in mehreren Cantonen gestattete?

Warum ist in dem Artikel 44 über die Niederlassung die letzte Klausel beibehalten, betreffend die „Kanzleiporteln, die zu zahlen sind, um eine Erlaubniß zur Niederlassung zu erhalten,“ und solches trotz der beredeten und ernsthaftesten Beweisgründe einiger Redner gegen diese Sportel, die mit ihrem ganzen schweren Druck auf der Arbeiterklasse lastet?

Ja! Ihr werdet ein allgemeines schweizerisches Niederlassungsrecht haben, proklamirt durch die Revision, aber Ihr werdet auch das Schauspiel von Schweizerbürgern haben, die von allen Cantonen ausgetrieben sind, und die überall die Verweigerung des Niederlassungsrechts erdulden müssen, weil in Folge einer langen Krankheit oder eines unheilbaren Gebrechens sie „in dauernder Weise der öffentlichen Wohlthat zur Last fallen.“

Die Bundesgesetzgeber haben kein anderes Mittel gewußt, das Elend zu erleichtern.

Aber außer dem Allen wird der Art. 44 vollständig durch den Artikel 46 aufgehoben: „Ein Bundesgesetz wird den Unterschied feststellen zwischen der Niederlassung und dem Aufenthalt und wird gelegentlich die Regeln fixiren, denen die sich in Aufenthalt befindenden Schweizer unterworfen sind, sowohl was ihre politischen als was ihre bürgerlichen Rechte betrifft.“

Wissen die Arbeiter der deutschen Schweiz, was die Tragweite dieses „bezeichnenden“ Artikels ist?

*) Man müßte eine ganze Studie über die die Einheitlichkeit des Civilrechts betreffenden Debatten machen; wir bedauern lebhaft, daß der Mangel an Raum uns hier nicht erlaubt, die Beweisstücke der Einheitsmacher zu prüfen; man würde sehen, daß das einzige in Frage gestellte Interesse das oder die Interessen des Handels sind, und die Herren Bigler, Kappeler, Borel und Andere haben nur von der Nothwendigkeit der Vereinigung für die commerciellen Vergleiche, für die Pallimente, für den Verkehr mit dem Auslande und für die Obligationen gesprochen. „Deutschland hat sich aller Verschiedenheiten mit einem Male entledigt“, rief Bigler, — wels' artiger Schlag! — Kappeler citirt das Beispiel Frankreichs von 1789. „Das Land war einst in Provinzen getheilt. Frankreich ist dahin gelangt, sein Recht einheitlich zu machen.“ Der Redner hat vergessen, daß es zu dieser Einheitlichkeit durch die tiefste und heftigste Revolution gekommen ist und daß gerade diese Einheitlichkeit, vollendet durch Napoleon, das Unglück Frankreichs, die Verirrung der Revolution von ihrer wahren Bahn war. Durch den von der Konstituante gegen das Leben der Provinzen gerichteten Schlag marschirte die Revolution schnell, indem sie aus dem Schaffot die föderalistische Idee der Girondinen erschiede, zur kaiserlichen Centralisation. Was Herr Borel betrifft, so hat er, um das Bedürfnis der Einheitlichkeit zu beweisen, zur Citation eines in Genf 1866 erschienenen Memoires zurückgreifen müssen, worauf Fazy ihr geantwortet hat: „Das Memoire, von dem Herr Borel einen Auszug citirt hat, ist durch die Handelskammer redigirt worden, die von großen Geschäftsleuten und Aristokraten zusammengesetzt ist, die nur ihr eigenes Interesse zu fördern und das des Volkes zu zerstören suchen.“

**) Protokoll der Verhandlungen der Commission des Nationalraths, S. 84—89.

*) Ebenda p. 25.

†) Das Verlangen dieser Reformen fand sich in der Proposition Eytel's (Sitzung des Nat.-R. vom 19. Dezbr. 1871.)

††) Die Sportel, sagte Verthoud aus Neuchâtel, die bezahlt werden muß für die Erlaubniß zur Niederlassung, ist eine Schranke, die noch umgestürzt werden muß. Wie kann man eine so unpopuläre Steuer aufrecht erhalten, die ausschließlich die am wenigsten gut gestellte Klasse trifft, die Arbeiter, die gezwungen sind, ihre Familie und ihr Land zu verlassen, um ihr Brod verdienen zu können? Diese Steuer ist um so drückender für dieselben, als sie schon Nähe haben, die gewöhnliche Steuer bezahlen zu können.“ (Staatsrath-Bulletin p. 239.)

Ah! Die Bundesgesetzgeber könnten sich gut in Akademie umwandeln; nach langen Debatten haben sie nicht dahin gelangen können, den Unterschied zwischen Niederlassung und Aufenthalt feststellen können und deshalb haben sie die ethymologische (wortforschende) Frage der Bundesgesetzgebung überwiegen!

Aber da der Bundesrath in diesen Dingen seine Expansion giebt, so können wir im Voraus sagen, in welcher Weise er diesen Unterschied feststellen wird. Wir haben dafür die offiziell erlassene Ansicht eines Mitgliedes des Bundesraths:

In der Sitzung des Staatsraths vom 1. Februar 1872 behauptete der Bundesrath Knäsel bei Gelegenheit verschiedener Vorschläge in Betreff der Niederlassung, „daß der Fortschritt, den man verwirklichen will, nicht zu weit gehen darf, damit die öffentliche Ordnung nicht gestört werde...; man dürfe nicht auf gleichen Fuß die in Aufenthalt befindlichen und ansässigen Bürger stellen... Der Nationalrath hat diese Unterscheidung mit 75 (!) Stimmen gegen 21 aufrecht erhalten. In der Mehrzahl der Fälle hat der ansässige Bürger eine Familie und ist daran interessiert, daß der Ort, wo er sich niedergelassen, prosperire; er hat oft die Absicht, lange Zeit oder selbst immer an diesem Ort zu bleiben. Es giebt außerdem sich nur aufhaltende Bürger, die nur während kurzer Zeit einen bestimmten Ort bewohnen, wie Studenten, Handwerker, Arbeiter, die keinerlei Anhänglichkeit an denselben haben (!). Die zwei eben erwähnten Kategorien von Bürgern dürfen nicht auf dieselbe Weise behandelt werden. Ein Bürger, der sich niedergelassen hat, ist, wenn man ihn austreibt, in Gefahr, seine ganze Stellung ruiniert zu sehen, während ein sich bloß aufhaltender Bürger wenig oder gar keinen Schaden (?) von einer ähnlichen Maßregel empfinden wird!“

Es lebe die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz! So begreift also die Centralgewalt die Interessen der Arbeiter und auf eine so traurige Spielerei reduziert sich die famose Niederlassungsfreiheit für die zahlreichste Klasse des Landes!

Und um noch besser zu zeigen, daß es die soziale Frage sein wird, die die Aufmerksamkeit der Centralgewalt in Anspruch nehmen wird, vervollständigt Herr Bundesrath Knäsel**) die oben gegebenen Erläuterungen, indem er einige Bemerkungen über die Arbeitsverhältnisse macht, die in letzter Zeit ausgebrochen sind. „Bei dieser Angelegenheit haben eine Menge fremder mehr oder weniger zu empfehlender (verdächtiger) Arbeiter den niedergelassenen Arbeitern gewaltsam (!) die Mittel, zu arbeiten, entzogen. Der Redner glaubt, daß es schädlich sein würde, unter solchen Umständen die Austreibung fremder Arbeiter zu verhindern!“

Man kann hier wohl bemerken, welche rührende Harmonie zwischen einem Gesetz und einer Armee herrschen wird! ...

Man sieht, welche rührende Sorgfalt die Arbeiterklasse hervorruft! Aber vielleicht wird man, obwohl man das Niederlassungsrecht den Vätern verweigert, für die Kinder sorgen? — Ist es vielleicht der Artikel über die Kinderarbeit, der uns Genugthuung geben kann? Stellt dieser Artikel irgend etwas positiv fest? Sind es die Fabrikanten oder die Arbeiter, die später dieses Gesetz machen werden? Ist die Bundesgemeinschaft in die Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeiter nicht einfach die Legalisirung der Gesinnungen und der Interessen der Kapitalisten gegenüber den Arbeitern?

Hat ein neueres Beispiel nicht gezeigt, wie die gegenwärtigen Gewaltträger sich in der Arbeiterfrage verhalten?

Dies Beispiel ist uns durch die Berner Regierung gegeben worden, die sich weigerte, das Reglement des Vereins der Graveure aus dem Distrikt von Courtelary anzunehmen, weil dies Reglement Artikel in Betreff des Widerstandes der Arbeiter gegen die Ausschreitungen des Kapitals enthielt!

Uebrigens würde es genügen, den schweizerischen Arbeitern etwas die Geschichte der englischen Gesetzgebung in Betreff der Arbeit in Fabriken und in letzter Stelle in Betreff der Trades unions zu vergegenwärtigen, um sie zu überzeugen, daß einestheils ein riesenhafter Kampf von einigen 50 Jahren nöthig war, um einiges Gute in diese Gesetzgebung einzuführen, daß andertheils sich die Verhältnisse zwischen Kapital und Arbeit in einem solchen Grade zuspitzten haben, daß das kapitalistische Parlament sich beeilte, draconische (überaus strenge) Gesetze gegen die Arbeiter zu erlassen.

In unsrer Zeit werden die Arbeiter eine ernsthafte Besserung ihrer Lage nur dann erreichen, wenn sie durch die Gewalt ihrer Organisation und durch ihre vereinten Bemühungen selbst zur politischen Macht gelangt sein werden. Doch diese politische Macht — wir haben es am Anfang gesagt — ist leichter in den Cantonen, als im centralisirten Staat zu erreichen.

Bis dahin werden alle Gesetze, welche die ausschließlichen Vertreter der Bourgeoisie machen werden, nicht zu Gunsten, sondern gegen das Interesse der Arbeiterklasse gemacht werden. Halt! werden uns da unsre Freunde zurufen, wo bleibt das Referendum und die Initiative? Wir werden jetzt das Bundesreferendum haben! Schönes Referendum in der That! Röder und Heuschele!

Die Bundesgesetze und die Bundesbeschlüsse, die keinen dringlichen Charakter haben, werden der Annahme oder der Verwerfung unterbreitet, wenn das Verlangen darnach von 50,000 Bürgern, oder von 5 Cantonen gestellt ist.“

Liegt es nicht auf der Hand, daß man immer, wenn es nach den Bundeserwägungen nothwendig sein wird, projektierten Gesetzen einen dringlichen Charakter wird beilegen können? — und damit ist Alles gesagt. Und dann, besitzt die Arbeiterklasse die Leichtigkeit und die Ruhe, sich mit der Sammlung von 50,000 Unterschriften zu beschäftigen?

Kann man endlich mit diesen 50,000 Unterschriften durch das Recht der Initiative dieses oder jenes Recht abschaffen? — Ja, aber der Artikel 90 scheidet die Frage wieder an die Bundesgesetzgebung zurück, um „die Formen und Fristen festzustellen, die zu beobachten sind für die Ausübung des Rechts, der Initiative und für die Volksabstimmungen.“

So bleibt also Alles ungewiß, und man drängt das Schweizervolk, das Tau zu zerhacken und die Barke der politischen Verfassung in dieser Zeit der Stürme und Unwetters in unbefannte Wogen zu stoßen!

*) Bulletin des Staatsraths p. 235.

**) Ebenda p. 241.

Die widerlegten Allianzen. Ultramontane und Romiers.*)

Ein alter Schrei vereinigt sich noch mit dem Enthusiasmus des Tages: es ist nicht allein „eine Armee und ein Recht“, was wir ausrufen hören, es ist auch der Krieg gegen den Ultramontanismus! Aber einerseits bildet dieser Kriegsruf ein eigenthümliches Echo zu den patriotischen Deklamationen Bismarcks und seiner Eisenmänner; und andererseits fragen wir uns, wozu es gut sein kann, die confessionellen Kämpfe auf dem schweizerischen Boden neu zu beleben? Diese Kämpfe sind das Zubehör der blutigen Epoche der Vergangenheit; was jetzt alle alten Fragen verdrängt, ist die öconomische Frage. — Von ihrer Lösung hängt ebenso die Niederlage des Ultramontanismus, wie die Zerstörung des Aberglaubens, der Vorurtheile und anderer Mißbräuche ab, die dazu dienen, das Volk auszu-beuten.

Was macht die Kraft des Ultramontanismus? Ist es nicht das Elend, in das das Volk getaucht ist? Was erhält das Volk in der Unwissenheit, auf welche der Ultramontanismus spekulirt? Ist es nicht wieder das Elend? Ist es nicht das Elend, die Furcht sich der Arme seiner Kinder zu berauben, die die Männer des Volkes dazu gebrängt hat, gegen das so schöne Gesetz über den öffentlichen Unterricht in Zürich zu stimmen?

Das ist der fehlerhafte Kreis und ihr werdet nicht eher aus demselben heraustreten, als bis ihr nicht die öconomische Frage in Angriff nehmt.

Was speziell den Vorwurf betrifft, der den Genfer Arbeitern gemacht wird, daß sie in der Frage der Bundesrevision gemeinsame Sache mit den Ultramontanen machen, so denken diese Arbeiter mit Recht, daß die „Mammeret“**) ebenso viel gilt, als der Ultramontanismus, und daß: mit den Ultramontanen oder mit den politischen Anhängern der schlimmsten der schweizerischen Reaktionen unter der Fahne des revisionseifrigen Genfer Journals zu gehen, zwei Alternativen sind, die sich die Waage halten und in Betreff deren man Unrecht thäte, wenn man davon eine beleidigende Solidarität folgern wollte, um sich dessen als polemischen Arguments zu bedienen.

Hier können wir unsre Betrachtungen schließen, aber wir machen uns eine Pflicht daraus, zuzufügen, daß wir nicht zweifeln, daß es in dem revisionsfreundlichen Lager viele den Volksinteressen ergebene Männer giebt, die aufrichtig glauben, daß das unitarische (Einheits-)Prinzip das Gerechtere der Schweiz sichere. Wir lassen: ihrer Ehrlichkeit Gerechtigkeit wiederfahren, aber wir beklagen bitter ihre unheilvolle Verblendung in Rücksicht auf die Schweiz und die Demokratie im Allgemeinen.

Die Mission der Arbeiterklasse.

Nieder mit dem Racensreit!

Was auch komme, die Lärmmacher der einen oder der andern Partei dürfen nicht spekuliren können auf das Unglück und die Mißverständnisse, die sich zeigen in dieser einzigen und allen Völkern so theuren schweizerischen Republik! — Wird die Revision verworfen, müssen die aufrichtigen Revisionsfreunde begreifen, daß sie sich in eine falsche Bahn eingelassen haben, sie müssen trachten, dem Volk gewissenhaft auf einem andern Felde zu dienen. Wird die Revision angenommen, so dürfen die treuen Parteigänger des Föderalismus nicht an der Schweizer Republik verzweifeln und sie nicht heftigen Meinungsverschiedenheiten und den Gefahren des Racensampfes zur Beute werden lassen. — Die republikanischen Sitten und die politische Erziehung der schweizerischen Nation können und müssen der schweizerischen Republik die feierliche Lösung der Schwierigkeiten und der vorübergehenden Irrthümer sichern.

Hier ist die Arbeiterklasse der Schweiz berufen, eine schöne Rolle zu spielen.

Die mächtige Propaganda unsrer Prinzipien bekämpft allen Racensreit und verwirft die schrecklichen Kämpfe nationalen Racensreites, die genährt sind durch die egoistische Beschränktheit oder die verbrecherische Hegler der privilegierten Klassen. Mögen also die Arbeiter der Schweiz — des romanischen wie des deutschen Theils — einig bleiben vor wie nach der Revision. Mögen sie sich zu jenem andern großen Kampf vorbereiten, der darin besteht, nicht Waffen zu nationalen Kämpfen zu schmieden, sondern die moderne Gesellschaft von den Mängeln zu befreien, die die sozialen Kämpfe veranlassen.

Mögen sie vor Allem an ihrer Organisation arbeiten, da durch diese Organisation, unterstützt von einer ernsten und besonnenen Propaganda, sie dahin gelangen werden, den politischen Flag einzunehmen, der ihnen unter den verschiedenen Elementen der gegenwärtigen Gesellschaft gebührt; — dann werden sie eine andre Revision zu vollziehen haben, die bestimmt ist, nicht allein den Nationalitätenhaß zu beseitigen, sondern auch den Klassenhaß. Sie werden dann sehen, was es zu thun giebt in Betreff der progressiven Einkommensteuer, des Credits für Productivgenossenschaften, industrielle wie landwirtschaftliche, der Errichtung combinirter Volksschulen, mit der Möglichkeit, sich darin sein Brod zu verdienen u., und sie werden so die Bahn zur ernstesten und dringendsten aller Reformen anbahnen, zur Sicherung des Gesamtvertrages der Arbeit für die Arbeiter und zur Vernichtung der Parasiten!

Arbeiter! Eine Organisation, ein Ziel!

Bleibt daher einig und laßt Euch nicht theilen! In diesem Sinne haben sich die Genfer Arbeiter an ihre Brüder der deutschen Schweiz gewendet, damit alle Arbeiter-Bürger der Eidgenossenschaft zur Urne marschiren mit denselben Gesinnungen und derselben Ueberzeugung. Wenn dieser Brief zu diesem glücklichen Resultat beitragen könnte, würden unsre Wünsche erfüllt sein.

Es lebe die Arbeiter-Solidarität!
Es lebe die Föderativ-Republik!
Es lebe die schweizerische Eidgenossenschaft!

*) Wirklich Mummeret Treibende; spottende Benennung einer Methodistenpartei in Genf und Waadtland. (Anmerk. des Uebers.)

**) Die Umtriebe der strengen Methodistenpartei. (Anm. des Uebers.)